Presseschau vom 03.11.2022

Quellen: RT, Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot und *ukrainische Quellen* in Blau gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Rafael Fachrutdinow, Michail Moschkin: Mobilisierte werden für Erfolg der neuen russischen Offensive sorgen

Von den 300.000 russischen Reservisten, die im Rahmen der Mobilmachung eingezogen wurden, befinden sich inzwischen 87.000 im Gebiet der Spezialoperation. Wie könnten die Mobilisierten eingesetzt werden und welche Folgen hat ihre Ankunft für die russische Strategie? ...

<https://kurz.rt.com/3a86> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Von Verschwörungsmysmen und Meinungsfreiheit: Wie eine Umfrage das passende Resultat liefert

Die tägliche NATO-Propaganda ist schlimm, und die juristischen Angriffe auf die Meinungsfreiheit bedenklich? Das wird noch schlimmer, geht es nach Lamberty und Co., denn zu viele Deutsche fallen vom wahren Glauben ab ...

<https://kurz.rt.com/3a8e> bzw. [hier](#)

Manuela Guter: US-Strategie-Dokumente: Große Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Im September und Oktober veröffentlichte die US-Regierung eine Reihe von bedeutenden Strategie-Dokumenten. Sie geben einen Einblick in die Vorstellungen der USA von "Herausforderungen" und "Bedrohungen" seitens aufsteigender "konkurrierender" Mächte. ...

<https://kurz.rt.com/3a72> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Putins Gas statt Bidens Bomben!

Die Journalisten Klinkhammer und Bräutigam analysieren die angeblich wertebasierte westliche Politik im aktuellen Welt- und Kriegsgeschehen. Insbesondere beleuchten sie dabei die Rolle, Politikauffassung und Kriegstreiberei der grünen Außenministerin Annalena Baerbock. ...

<https://kurz.rt.com/3a8m> bzw. [hier](#)

Oleg Chawitsch: Nicht vorrangig zum Schutz vor Russland: Wozu Polen die größte Armee Europas braucht

Dass Warschau nicht vorrangig aus Angst vor der Übermacht Russlands sein Militär aufrüstet – zumal Russland auch keine Gebietsansprüche an Polen stellt – dürfte bekannt sein. Die Art und die Mengen der eingeplanten Waffen implizieren einmal mehr Eroberungen in der Ukraine. ...

<https://kurz.rt.com/3a7r> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wie die Universitäten "woke" wurden

Wie konnte es dazu kommen, dass Menschen, die eigentlich gebildet sein sollten, ihre Zeit mit der Erfindung neuer Pronomen und dem Kampf um zusätzliche Toiletten verbringen, Denkmäler stürzen und jeden als "reaktionär" titulieren, der keine biologischen Männer im Frauensport will? :...

<https://kurz.rt.com/3abv> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:05 de.rt.com: Behörden von Cherson stellen Zivilverkehr über Dnepr teilweise ein

Die Behörden des Gebiets Cherson haben den Zivilverkehr über den Fluss Dnepr zum Teil vorübergehend eingestellt. Demnach wurde die Maßnahme nach der Beendigung von Evakuierungsmaßnahmen beschlossen. Die Gebietsverwaltung begründete den Schritt mit einer gestiegenen Militärgefahr und einem hohen Risiko für die Bevölkerung.

Das Fahrverbot über den Dnepr gilt für Taxiboote, Lastkähne und andere zivile Wasserfahrzeuge. Betroffen ist auch die Fährverbindung. Dagegen dürfen Lkw mit Nahrungsmitteln und Medikamenten weiterhin zum rechten Flussufer übersetzen. Auch der zivile Verkehr vom rechten zum linken Dnepr-Ufer bleibt vom Verbot verschont.

Angesichts der massenhaften Angriffe aus der Ukraine hatten die Behörden des Gebiets Cherson am 18. Oktober beschlossen, die Einwohner vom rechten Ufer in Sicherheit zu bringen. Seitdem verließen nach offiziellen Angaben ungefähr 80.000 Menschen das Gebiet Cherson. In den gefährdeten Bezirken könnten weiterhin bis zu 170.000 Einwohner bleiben.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6362a68948fbef01db0d4073.jpg>

19:30 de.rt.com: LVR: Ukrainische Streitkräfte haben zwei HIMARS-Raketen auf Swatowo abgefeuert

Einer [TASS-Meldung](#) zufolge haben die ukrainischen Streitkräfte zwei Raketen aus einem HIMARS-Mehrfachraketenwerfer auf Swatowo in der Volksrepublik Lugansk (LVR) abgefeuert. Das erklärte die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen in Bezug auf ukrainische Kriegsverbrechen am Mittwoch.

Nach Angaben der Agentur feuerten ukrainische Truppen zwei Raketen auf die Ortschaft ab, wobei Angaben zu Opfern und Schäden noch überprüft werden müssten.

Telegram-Kanal des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin: Heute habe ich einige Heizwerke

besucht. In Proletarskij-Bezirk kommt das Wasser für das Heizwerk Nr. 63a aus einem Bohrloch, das die Moskauer Wasserwerke im Rahmen der Patenschaftshilfe gebohrt haben. Die Menge des Wassers ist für das System ausreichend, dafür unser Dank an die Moskauer Spezialisten.

Das Heizwerk des Stadtteils 243 des Woroschilowskij-Bezirks wurde durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Kämpfer beschädigt. Die Arbeiter, die zum Glück nicht verletzt wurden, haben schon alles in Ordnung gebracht, und nach 18 Stunden hat das Heizwerk seinen Betrieb wieder aufgenommen.

Ein solches Herangehen an die Sache gibt es bei weitem nicht überall. Mitteilungen, dass es den Wohnungen keine Heizung gibt, gibt es sehr viele. Das passt nicht mit den Informationen zusammen, die „Donbassteploenergo“ vorbringt.

Wir haben unter schwierigen Bedingungen die Heizperiode begonnen, aber das ist kein Grund, die Menschen ohne Wärme zu lassen. Ich habe die Kontrollabteilung der Administration des Oberhauptes der DVR angewiesen, in Donezk eine Überprüfung durchzuführen, wo wirklich die Heizung funktioniert und wo es nur auf dem Papier schön ist. Wir werden auf jeden Fall über die Ergebnisse informieren.

19:46 de.rt.com: **USA erwägen, Marinestützpunkt Guantánamo Bay für haitianische Migranten zu nutzen**

Auf Haiti herrscht seit über einem Jahr politischer Ausnahmezustand. Eine schwere Wirtschaftskrise erschüttert das Land. Es finden Massenunruhen, Plünderungen und Bandenkämpfe in der Hauptstadt statt. Die USA fürchteten weitere Migrantenströme in Richtung ihrer Grenze und erwägen Optionen.

Auf dem Militärstützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba hatten US-amerikanische Soldaten bereits nach dem Erdbeben auf Haiti im Jahr 2010 Zelte aufgebaut, um von der Karibikinsel flüchtende Menschen dort unterzubringen. Nun erwägt Washington erneut, die Aufnahmekapazitäten in der Guantánamo-Bucht zu erhöhen.

In der Annahme, dass ein "Massenexodus" von Menschen aus Haiti möglich sein könnte, prüfe die US-Regierung laut einem Bericht von NBC News, die Kapazitäten seines Auffanglagers zu verdoppeln. Der Sender beruft sich auf zwei Beamte und ein internes Dokument.

Demnach wäre das eine der Optionen, die man in der Biden-Administration erwägt. Eine andere wäre eine vorübergehende Aufnahme von Migranten aus Haiti in einem Drittland. Laut dem [Bericht](#) hätte der Nationale Sicherheitsrat diesbezüglich auch das US-Heimatschutzministerium gefragt, wann ein Drittland als "Auffangbecken" für die ankommenden Haitianer benannt werden könnte. Die Migranten würden nur dann nach Guantánamo geschickt, wenn dieses Drittland selbst überlastet sei, so NBC.

Die US-Militärbasis in der Guantánamo-Bucht verfügt derzeit über ein Aufnahmezentrum, in dem etwa 200 Migranten untergebracht werden können. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden hatte zuletzt im [September 2021](#) erwogen, Guantánamo für diese Zwecke zu nutzen. Damals hatten etwa 15.000 Haitianer die Grenze zwischen den USA und Mexiko in Texas überquert und eine Zeltstadt unter einer Autobahnbrücke errichtet. Die Idee wurde jedoch von den Demokraten scharf verurteilt, da sie davon ausgingen, dass es sich bei dem in Erwägung gezogenen Standort um das Lager für Terrorverdächtige handelte.

Das Operationszentrum für Migranten in Guantánamo besteht seit mehr als 30 Jahren und unterscheidet sich vom nahe gelegenen Camp Delta, in dem Terrorverdächtige festgehalten werden.

Im Zuge des vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush ausgerufenen "Kriegs gegen den Terror" eröffnete die damalige US-Regierung Anfang 2002 auf dem Marinestützpunkt Guantánamo Bay das gleichnamige Gefangenenlager. Rund 780 Menschen waren dort inhaftiert. Laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International werden dort heute

noch "39 Gefangene unter menschenrechtswidrigen Bedingungen" [festgehalten](#).

Im nahegelegenen Migrantenzentrum wurden nach dem Staatsstreich von 1991 schon einmal rund 12.000 Haitianer untergebracht. Die US-Küstenwache nutzt die Einrichtung derzeit, um Migranten zu beherbergen, die sie in der Karibik aus Seenot gerettet hat.

Seit der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Juli vergangenen Jahres erlebt Haiti einen politischen Ausnahmezustand. Die wirtschaftlichen Probleme haben zu bewaffneten Protesten geführt, im Zuge derer Straßensperren errichtet worden sind und der Rücktritt von Premierminister Ariel Henry gefordert wurde. Die Regierung in Port-au-Prince hatte letzten Monat offiziell um eine ausländische Militärintervention gebeten, aber die USA haben bislang Schwierigkeiten, eine Koalition zu schmieden, die bereit ist, Soldaten auf die Insel zu schicken.

"Es gibt keine Fortschritte, um Partner dazu zu bringen, sich freiwillig zu melden. Niemand meldet sich", berichtete die in Florida ansässige US-Tageszeitung Miami Herald letzte Woche und stellte fest, dass sich sowohl Brasilien als auch Kanada und Frankreich geweigert hätten, Truppen zu stellen. Washington seinerseits versuche zudem, größere Aktivitäten bis nach den Zwischenwahlen am 8. November zu verschieben.

In der Zwischenzeit hat der Nationale Sicherheitsrat in Erwartung des möglichen Migrantenstroms aus Haiti eine "Reihe von Treffen" mit den Ministerien für Außen-, Verteidigungs- und Heimatschutz organisiert.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63627c11b480cc141e4798f0.jpg>

Haitianische Familien überqueren im Dezember 2021 illegal den Rio Bravo, um sich den US-amerikanischen Behörden an der Grenze zwischen Ciudad Juárez, Mexiko, und El Paso im US-Bundesstaat Texas zu stellen

20:05 de.rt.com: **Schweiz hilft Ukraine mit 100 Millionen Franken**

Wegen der schweren humanitären Lage in der Ukraine vor dem Wintereinbruch hat der Bundesrat in Bern am Mittwoch einen Aktionsplan für das osteuropäische Land beschlossen. Dieser [sieht](#) zusätzliche 100 Millionen Franken (fast 101,5 Millionen Euro) vor. Mit der zusätzlichen Unterstützung will die Schweiz unter anderem die Instandsetzung der Energie-Infrastruktur fördern, die vom russischen Militär regelmäßig angegriffen wird.

Nach Angaben des Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt die Schweiz die Ukraine, indem sie Häuser isoliert und ukrainischen Energie-Unternehmen beim Kauf von Energieträgern und Ersatzteilen hilft. Darüber hinaus will der Bundesrat prüfen, ob die Schweiz auch Generatoren, Pumpen und Wasseraufbereitungsanlagen liefern kann.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6362ab9d48fbef01db0d407e.jpg>

20:08 de.rt.com: **Russlands Außenministerium an Nuklearmächte: Im Atomkrieg gibt es keine Sieger**

Das russische Außenministerium hat die anderen Atommächte am Mittwoch dazu aufgerufen, die strategische Stabilität in der Welt aufrechtzuerhalten. Moskau warnte erneut vor Provokationen mit Massenvernichtungswaffen. RT DE veröffentlicht die [Erklärung](#) im Wortlaut:

Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates und eine der Atommächte trägt die Russische Föderation im Einklang mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen eine besondere Verantwortung für die Stärkung der internationalen Sicherheit und der strategischen Stabilität.

Bei der Umsetzung seiner Politik im Bereich der nuklearen Abschreckung lässt sich Russland strikt und konsequent vom Gebot der Unzulässigkeit eines Atomkrieges leiten, in dem es keine Sieger geben kann und der niemals entfesselt werden darf. Die Richtlinien der russischen Doktrin in diesem Bereich sind äußerst klar umrissen. Ihr Charakter ist ein ausdrücklich defensiver, der keine andere Auslegung zulässt. Eine Reaktion unter Einsatz von Atomwaffen wird von Russland hypothetisch und nur als Antwort auf eine Aggression, die mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen erfolgt, oder auf eine Aggression unter Einsatz konventioneller Waffen zugelassen, wenn durch sie die Existenz des Staates an sich bedroht wird.

Russland geht von der unabänderlichen Gültigkeit der bestehenden Einigungen und Einsichten hinsichtlich der Begrenzung und Reduzierung der atomaren Bewaffnung, der Minderung der strategischen Risiken sowie der Gefahr von internationalen Zwischenfällen und Konflikten aus, die eine nukleare Eskalation mit sich bringen können. Wir bestätigen voll und ganz unser Engagement für die gemeinsame Erklärung der Staats- und Regierungschefs der fünf Atommächte zur Verhinderung eines Atomkrieges und die Unzulässigkeit eines Wettrüstens vom 3. Januar 2022. Wir sind fest davon überzeugt, dass in der jetzigen komplizierten und turbulenten Situation, die eine Folge der verantwortungslosen und unverschämten, auf die Unterminierung unserer nationalen Sicherheit gerichteten Handlungen ist, die Vereitelung jeglicher militärischen Konfrontation zwischen den Atommächten zur vorrangigen Aufgabe wird.

Wir rufen die anderen Länder der atomaren Fünf dazu auf, ihre Bereitschaft, an der Lösung dieser besonderen Aufgabe zu arbeiten, mit Taten zu beweisen und auf gefährliche Versuche zu verzichten, die in die elementaren Interessen des jeweils Anderen eingreifen. Es kann zu katastrophalen Konsequenzen führen zuzulassen, dass am Rande eines direkten bewaffneten Konfliktes balanciert und dadurch Provokationen mit Massenvernichtungswaffen begünstigt werden.

Russland tritt weiterhin für die Herausbildung einer aktualisierten und stabileren Architektur der internationalen Sicherheit auf Grundlage der Gewährleistung der Vorhersagbarkeit und der globalen strategischen Stabilität sowie der Befolgung der Grundsätze der Gleichberechtigung, der unteilbaren Sicherheit und der gegenseitigen Berücksichtigung von Kerninteressen aller Seiten ein.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63629be048fbef077a2b8a45.jpg>

Gebäude des Außenministeriums der Russischen Föderation in Moskau

20:26 de.rt.com: **Schoigu: Mehr als doppelt so viele NATO-Truppen an den russischen Grenzen**

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärte, dass die NATO die Zahl der Truppen an den westlichen Grenzen Russlands verdoppelt habe. Vor dem Hintergrund der Gefahr durch die NATO verstärkte Russland die Zusammenarbeit mit Weißrussland. Es gehe vor allem um den Bereich Verteidigung.

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat am Mittwoch bekannt gegeben, dass die NATO seit Februar die Zahl ihrer Truppen in Ost- und Zentraleuropa um das 2,5-Fache auf mehr als 30.000 Soldaten erhöht habe. Bei der gemeinsamen Videokonferenz der Verteidigungsministerien Russlands und Weißrusslands betonte der Minister, dass die beiden Länder einer großen Gefahr ausgesetzt seien.

"Das Hauptziel der destruktiven Handlungen des Westens ist ohne Zweifel Russland, um seine Wirtschaft und sein Militärpotenzial zu zerstören und unserem Land die Möglichkeit zu entziehen, unabhängige Außenpolitik zu betreiben."

Das neue strategische Konzept der NATO sieht Russland als "die größte und unmittelbarste Bedrohung für die europäische Sicherheit". Außerdem betonte Schoigu, dass die NATO-Mitgliedstaaten sich darauf geeinigt hatten, ihre Eingreifkräfte zur Stärkung der Bündnisverteidigung und Abschreckung auf rund 300.000 Soldaten aufzustocken. In Estland, Lettland, Litauen und Polen seien die NATO-Truppen schon stationiert. Auch würden vier neue Bataillonskampfgruppen in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien aufgestellt. Schoigu zufolge sei nicht nur Russland durch die Aktivitäten der NATO bedroht, sondern auch Weißrussland, sein wichtigster Verbündeter. Vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen mit dem Westen hatten die beiden Länder Anfang Oktober die Aufstellung der gemeinsamen regionalen Truppengruppierung angekündigt. Nach Angaben des weißrussischen Verteidigungsministeriums werden etwa 9.000 russische Soldaten und etwa 170 russische Kampfpanzer im Land stationiert. Die ersten russischen Soldaten wurden am 15. Oktober nach Weißrussland verlegt.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362806f48fbef022474913f.jpg>

Sergei Schoigu

20:34 de.rt.com: **Kämpfe bei Artjomowsk**

Je näher man Artjomowsk kommt, desto intensiver werden die Kämpfe, meldet der Telegram-Kanal der Zeitung [Iswestija](#). Die alliierten Truppen rücken weiter in diese Richtung vor. Denis Kulaga, Militärkorrespondent des Blattes, sah die Folgen der vergangenen Kämpfe mit den ukrainischen Streitkräften. Er berichtete:

"Hier fanden wir einen kleinen Unterschlupf für uns selbst, wobei wir uns die Tatsache zunutze machten, dass eine Granate nicht zweimal in denselben Krater fallen kann. Hier ist alles zerstört, aber es gibt einen ausreichend großen Keller. Von hier aus können wir den Angriff in Richtung Artjomowsk weiter beobachten."

Wpered.su: **Die KP der DVR dementierte die Gerüchte über den Tod von Benes Aijo**

Es gehen schon seit vier Tagen beim ZK der Kommunistischen Partei der DVR Anrufe und digitale Anfragen von Genossen und Freunden aus vielen Städten unserer Republik, Russland und Deutschland ein. Alle waren aufgrund einer Veröffentlichung in den Medien beunruhigt und betrübt: „... es starb der flammende Kämpfer gegen den Imperialismus, der Held, Kommunist und Internationalist Aijo Benes...“. Ich erfreue direkt alle Bekümmerten – unser Kampfgefährte, das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Genosse Benes lebt und ist wohlauf, was er auch allen Freunden wünscht.

Der Kern dieser Provokation, dieses Fakes, ist folgender: Normale, ehrliche friedliebende Menschen in allen Ländern der Welt äußern in diesen Tagen ihren Protest gegen die Maßnahmen der lettischen Regierung, die Denkmäler und Gedenkstätten für die sowjetischen Soldaten, die die Welt und insbesondere Lettland vom Faschismus befreit haben, vernichtet. 69 Gedenkstätten wurden vernichtet, darunter auch das Denkmal „Aljoscha“ in Rēzekne, der Heimatstadt von Benes.

Aijo, rief in seiner ihm eigenen flammenden Art seine Landsleute zu Protesten gegen die Barbaren in der lettischen Regierung auf. Die Aufruf an die Menschen und politischen Enthüllungen erreichten ihr Ziel. Die Regierung rächte sich in ihrer Wut an den Einwohnern der lettischen Städte, mehr als 40 Menschen wurden ins Gefängnis geworfen. Aber die Regierung kann Benes nicht aufhalten. Er kämpft im Donbass gegen den Imperialismus. Und dann wurde ein Fake in Gang gesetzt – BENES STARB..., er ist schon nicht mehr, und es hat keinen Sinn, seine anklagenden Reden anzuhören. Aber die Fälschung wurde schnell aufgedeckt. Aijo war einige Tage lang auf den Kampfpositionen und sein Telefon war abgeschaltet. So kamen die Fragen auf...

Er lebt, ist gesund, kämpft gegen den Neofaschismus, entlarvt die „Kläffer“ der US-Amerikaner und andere Feinde unseres russischen Landes. Aijo Benes ist wie 86 seiner

kommunistischen Genossen in der Armee, er ist mit uns, er ist an der Front des Kampfes für einen sozialistischen Weg unserer Heimat!

20:41 de.rt.com: **Aftonbladet: "Nichts ausgeschlossen" – Schwedisches Militär bereitet sich auf Krieg vor**

Das schwedische Militär bereitet sich auf den Krieg vor und plant, die Armee neu auszurüsten, berichtet *Aftonbladet*. Laut Micael Bydén, Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, will das Militär Kamikaze-Drohnen, Düsenartillerie und Feldlazarette anschaffen. Im Jahr 2035 sollen der Armee 121.000 Mann angehören.

Die Stockholmer Tageszeitung [Aftonbladet](#) hat am Dienstag über die aktuellen Pläne der schwedischen Regierung zum personellen und technischen Ausbau des Militärs berichtet. Aus diesen Plänen geht hervor, dass sich die schwedischen Streitkräfte in den kommenden Jahren intensiv auf einen Krieg vorbereiten werden. "Im Moment schließen wir nichts aus", sagte Micael Bydén, Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Landes, am Dienstag auf einer Pressekonferenz. Der militärische Befehlshaber gab Empfehlungen ab, wofür der erhöhte Verteidigungshaushalt ausgegeben werden sollte, und wird von *Aftonbladet* mit den Worten zitiert:

"Schweden ist ein Akteur in diesem Konflikt (dem Konflikt in der Ukraine - d.Red.), nicht zuletzt in den Augen Russlands, und das müssen wir berücksichtigen. Wir müssen auch die Konsequenzen daraus ziehen, wenn wir in Verteidigungskapazitäten investieren."

Auf die Frage der Reporter, ob dies eine Kriegsvorbereitung bedeute, antwortete Bydén:

"Ja, das ist die Aufgabe der totalen Verteidigung - auf einen bewaffneten Angriff bestens vorbereitet zu sein. Per Definition kann man das Wort Krieg verwenden."

Zu den Initiativen, für die das schwedische Militär Mittel von der Regierung zu erhalten hofft, gehören mehrere Neuerungen offensiver Art, wie Patrouillenroboter oder "Einwegdrohnen mit Sprengköpfen", auch als "Kamikaze-Drohnen" bezeichnet.

Nach Angaben des schwedischen Militärs wird bis 2030 eine Spezialeinheit für die Steuerung von Kamikaze-Drohnen in der Stärke eines Bataillons zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die schwedischen Streitkräfte bis zu diesem Zeitpunkt über ein reaktives Artilleriebataillon, 60 neue Gripen E-Kampfflugzeuge, ein neues (inzwischen fünftes) U-Boot, eine IT-Abwehreinheit sowie Kleinsatelliten zur Bereitstellung von Einsatzinformationen verfügen. Außerdem ist geplant, bis 2030 zwei Feldlazarette und bis 2035 zwei weitere zu errichten, berichtet *Aftonbladet*.

Auf dem stillgelegten Luftwaffenstützpunkt Kalixfors in der Provinz Kiruna planen die schwedischen Streitkräfte die Bildung einer neuen Einheit, die für logistische Unterstützung der eintreffenden "Hilfe von befreundeten Ländern" sorgen soll. Gleichzeitig führen die Streitkräfte mehrere militärische Modernisierungsprojekte durch, wie zum Beispiel die Modernisierung von Panzern, die Anschaffung neuer Kampffahrzeuge und die Ausstattung der Visby-Korvetten mit Flugabwehrraketen.

Nach Angaben des Oberkommandierenden wird der Personalbestand der schwedischen Armee bis 2035 auf 121.000 Personen ansteigen, wobei jedes Jahr 10.000 junge Männer eingezogen werden, fasst *Aftonbladet* zusammen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362807eb480cc11d532a763.jpg>

Von links nach rechts: Schwedischer Oberkommandierender Micael Bydén, US-General Mark Milley, Ministerpräsidentin Schwedens Magdalena Andersson (am Pult) und Verteidigungsminister Peter Hultqvist (4. Juni 2022)

21:03 de.rt.com: **Französische Kraftwerke, russisches Uran – deutsche Sabotage?**

Sechs neue Kernkraftwerke plant die Nachbarrepublik, und sie sollen möglichst schnell gebaut werden. Bisher hat die Atomstrategie Frankreich vor den Energieproblemen, die Deutschland plagen, weitgehend bewahrt. Aber die Bundesregierung will das ändern. Frankreich [plant](#) den Bau sechs neuer Atomkraftwerke und die Regierung will nun die Genehmigungsverfahren beschleunigen. Begründet wird dies damit, dass die neuen Reaktoren auf dem Gelände bereits bestehender Anlagen errichtet werden sollen. Allerdings würde selbst ein beschleunigter Bau eine erste Grundsteinlegung 2027 und Inbetriebnahme zwischen 2035 und 2037 bedeuten.

Frankreich betreibt 56 Atomkraftwerke, auf die in den letzten Jahren oft zurückgegriffen wurde, wenn in Deutschland Schwankungen bei den erneuerbaren Energien ausgeglichen werden mussten. Im letzten Jahr gab es allerdings mehrfach Probleme – viele der Meiler mussten wegen Wartung abgestellt werden, wegen Niedrigwasser in mehreren Flüssen mussten einige heruntergefahren werden, und wochenlange Streiks behinderten die Reparaturarbeiten. Frankreich hält aber an der Atomkraft als Grundlage seiner Energiesicherheit fest.

Die Bundesregierung würde gern dazwischenfunken, unter anderem weil der französische Betreiberkonzern EDF eng mit der russischen Rosatom zusammenarbeitet, die nicht nur die Brennstäbe liefert, sondern auch beim Bau von Reaktoren in anderen Ländern mit dem Anlagenbauer Framatome kooperiert und abgebrannte französische Brennstäbe in Omsk aufbereitet. Framatome ist so, zusammen mit dem deutschen Siemens-Konzern, am Bau von Kernreaktoren in Ungarn und Ägypten beteiligt.

Das Bundesumweltministerium würde gern, laut eigener Erklärung gegenüber dem Handelsblatt, die EU-Sanktionen auf die kerntechnische Industrie Russlands ausweiten. Frankreich hat bisher erfolgreich darauf bestanden, dass nukleares Material von den Sanktionen ausgenommen wird. Ein politischer Erfolg der Bundesregierung in dieser Frage wäre für Frankreichs Wirtschaft ein verheerender Schlag, würde aber auch jede Möglichkeit unterbinden, zukünftig die Schwankungen der deutschen Stromproduktion auszugleichen, die bei dem geplanten weiteren Ausbau der Windkraft nur zunehmen dürften.

Allerdings werden auch die Magnete für die vom deutschen Umweltministerium bevorzugten Windräder aus Russland geliefert.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362b8fe48fbef108223500c.jpg>
Atomkraftwerk im Loiretal, 20.11.2008

21:31 de.rt.com: **Aus Saporoschje werden Explosionen gemeldet**

Wie [TASS](#) berichtet, sind in der ukrainisch kontrollierten Stadt Saporoschje Explosionen zu hören. Dies habe Wladimir Rogow, der Vorsitzende der Bewegung "Wir sind mit Russland", der aus der Stadt stammt, am Mittwoch erklärt. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal: "Landsleute berichten von Explosionen in den vom Selenskij-Regime kontrollierten Bezirken im Gebiet."

Kiew hat die Kontrolle über 72 bis 73 Prozent des Gebiets Saporoschje verloren. Die Stadt Saporoschje, in der fast die Hälfte der Bevölkerung des Gebietes lebt, wird weiterhin von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362d14248fbef38b15285cc.jpg>
Stadt Saporoschje: Folgen der russischen Luftangriffe, 11. Oktober 2022

21:37 de.rt.com: **Ehemaliger EU-Abgeordneter: Tschechischer Wohlstand beruhte auf russischer Energie**

Tschechien steuere auf einen großen wirtschaftlichen und sozialen Einbruch zu, ist sich Wissenschaftler und Politiker Jan Keller sicher. Denn der Wohlstand des Landes war abhängig von billiger Energie und günstigen Handelsbeziehungen mit Russland.

Die Tschechische Republik stehe unmittelbar vor einer Krise, wie sie das Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt habe, meint ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und Soziologe Jan Keller. In seinem Artikel für die Zeitung [Časopis argument](#) betont er, dass statt einer Vision von Wohlstand, die noch vor einigen Jahren das Leben der Mittelschicht prägte, sich in der Gesellschaft Angst vor der Deklassierung ausbreite. Keller sagt: "Es gibt untrügliche Anzeichen dafür, dass wir auf einen großen wirtschaftlichen und sozialen Einbruch zusteuern. Die Energiepreise belasten die Haushaltsbudgets drastisch und drohen zahlreiche Unternehmen in den Ruin zu treiben, von kleinen und mittleren Betrieben hin zu den größten Firmenkolossen. Die Inflation entwertet die Ersparnisse und bedroht den

Lebensstandard aller, außer vielleicht der Politiker, deren Gehälter nach der geplanten Erhöhung mit ihr Schritt halten werden. Lebensmittelpreise, einschließlich der Grundnahrungsmittel, steigen stark an. Für viele Familien kann sogar das Schulesse für ihre Kinder zum Luxus werden, und die zuvor relativ wohlhabenden Schichten können leicht in die soziale Unterschicht abrutschen."

Die Ursache für den "beispiellosen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang" Tschechiens seien die antirussischen EU-Sanktionen, die unter dem Vorwand des Krieges in der Ukraine gegen Russland verhängt wurden – und damit die tschechische Wirtschaft ruinierten. Denn der Wohlstand Tschechiens war nicht mit "dem Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus" oder mit dem Beitritt zur Europäischen Union verbunden, erklärt Keller und führt fort:

"Die Voraussetzungen waren billige Energie, verfügbare Rohstoffe und günstige Handelsbeziehungen, die mit Russlands Angriff auf die Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen wegfielen. Dieser Faktor ist für den Zustand unserer Wirtschaft und die sozialen Bedingungen unendlich viel wichtiger als alle Versprechungen über Privatisierungen, die Ankunft ausländischer Investoren und den EU-Beitritt."

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung des Landes und des Lebensstandards der Bevölkerung werde "quer durch das politische Spektrum zugegeben", so Keller. Er meint, wirtschaftliche Probleme können nun viel dramatischer sein als in den 90er-Jahren.

"Der Wohlstand, der durch die Privatisierung und die Übertragung strategischer Produktions- und Finanzsektoren in ausländische Hände garantiert werden sollte, wird auf unbestimmte Zeit verschoben", meint der Wissenschaftler.

Dennoch bemühe sich die tschechische Regierung nicht darum, wirksame Lösungen zu finden, sondern setzte ihren Konfrontationskurs mit Russland fort und verschärfe damit die bestehende Krise, so Keller - sie ignoriere die tatsächlichen Schwierigkeiten der Tschechischen Republik, schreibt er:

"Die derzeitige Regierung ist sich dieser Tatsachen offenbar überhaupt nicht bewusst. Im Gegenteil, sie versucht, mit ihren spärlichen Mitteln zur Eskalation eines Konflikts beizutragen, der die Illusion von vielem, was wir uns vom Aufkommen des Wohlstands erhofft hatten, deutlich macht."

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63627020b480cc430d5592a6.jpg>

21:57 de.rt.com: **Bericht: Ukrainische Streitkräfte eröffnen das Feuer auf Wohngebiete in Artjomowsk**

RIA Nowosti [meldete](#), dass ukrainische Truppen das Feuer auf Wohngebiete in Artjomowsk in der Volksrepublik Donezk eröffnet haben, um Russland der Aggression gegen die Zivilbevölkerung zu beschuldigen, so eine anonyme Quelle in den Sicherheitsdiensten gegenüber der Nachrichtenagentur. Artjomowsk ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt nördlich von Gorlowka. Die Quelle berichtete:

"Heute haben ukrainische Soldaten in Artjomowsk im Beisein von europäischen

Medienvertretern Granatwerfer und zwei 120-Millimeter-Mörser auf Wohngebiete abgefeuert, um die vorrückenden Einheiten unserer Truppen zu diskreditieren."

Ihm zufolge besteht das Hauptziel der Kiewer Behörden darin, der Weltgemeinschaft ein Bild von der angeblichen Aggression Russlands zu vermitteln.

Über die Zahl der Opfer, die durch die Provokationen der ukrainischen Truppen verursacht wurden, gebe es noch keine Angaben.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362d75248fbef12c17dfe50.jpg>

Ein Kämpfer der "Wagner-Gruppe" in einem Unterstand bei den Kämpfen um Artjomowsk, September 2022

22:19 de.rt.com: **Luftalarm in fünf Gebieten der Ukraine – Explosionen in Dnepropetrowsk und Kriwoi Rog**

[TASS](#) gab bekannt, dass in fünf Regionen der Ukraine am Mittwochabend Luftalarm ausgelöst worden ist. Dies gehe aus den Daten der Luftalarmkarte der Ukraine hervor. Ab sofort gelte der Alarm für die Gebiete Charkow, Dnepropetrowsk, Kirowograd, Tscherkassy und Poltawa.

Wie der Telegram-Kanal [Intel Slava Z](#) meldete, seien in Dnepropetrowsk mehrere Explosionen zu hören gewesen.

In Teilen der Stadt Kriwoi Rog sei nach einem russischen Drohnenangriff die Stromversorgung ausgefallen, [berichtete](#) derselbe Kanal.

Explosionen werden von ukrainischen Medien auch aus den Städten Nikolajew, Nikopol und Charkow [gemeldet](#).

22:39 de.rt.com: **Blackout-Probe in Schweriner Kindertagesstätten: 2.000 Kinder ohne Strom**

In Schweriner Kitas probt man schon einmal für den Ernstfall: Am Mittwoch blieben in den städtischen Kindertagesstätten Licht und Elektrogeräte aus. Der Grund: Man wolle testen, wie die Kinder auf einen Blackout reagieren und wie gut die Kitas auf einen solchen Fall vorbereitet sind.

Offiziellen Stellen zufolge gilt ein Blackout in Deutschland als "unwahrscheinlich", dennoch wurde in den städtischen Kindertagesstätten in Schwerin am Mittwoch getestet, wie die Einrichtungen mit einem Strom-Blackout umgehen würden und wie die Kinder reagieren. Beim Projekt "Stromlos durch den Tag" sind dafür an sämtlichen Einrichtungen der stadteigenen Kita GmbH Licht und ans Stromnetz angeschlossene Geräte ausgeblieben. Bis auf die Heizung und den Kühlschrank in der Küche soll nichts laufen, was Strom aus dem öffentlichen Netz benötigt. Das Telefon soll nur im äußersten Notfall benutzt werden.

Die Eltern waren laut einem Bericht des NDR mit dem Projekt einverstanden. In erster Linie

sollen die Kinder lernen, sich auf ein solches Szenario vorzubereiten und mit einer solchen Situation umzugehen. Die Erwachsenen konnten bei dem Projekt zudem herausfinden, welche Schwachstellen es in der Planung für einen solchen Fall gibt.

Die Geschäftsführerin der städtischen Kita GmbH, Anke Preuß, sagte, dass man Checklisten für den Notfall zusammenstellen wolle. Konkret gehe es darum, etwa herauszufinden, wo eine Batterie-Lichterkette platziert werden muss, um Unfallgefahren zu vermeiden. Jede der 24 städtischen Kitas soll zudem einen Koffer mit Notfallausrüstung bekommen - mit Dingen wie Powerbank, Taschenlampen und einem batteriebetriebenen Radio.

Bei einem Besuch der Kita "Waldgeister" befürwortete Oberbürgermeister Rico Badenschier (SPD) den Stresstest: Einen Ernstfall könne niemand exakt vorhersagen, doch eine solche Vorbereitung könne helfen, dann nicht in Panik zu verfallen. Die städtischen Kitas in Schwerin werden von mehr als 2.000 Kindern besucht.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362d6b948fbef108223501f.jpg>

22:40 de.rt.com: **Donezk: Fuhrpark des öffentlichen Nahverkehrs nahezu vollständig abgenutzt**

Der Telegram-Kanal Tipitschny Donezk berichtet über den Zustand der öffentlichen Nahverkehrsmittel in der Hauptstadt der Donezker Volksrepublik (DVR).

Der Nachrichtenkanal zitiert dazu Artur Nesterow, den zuständigen Abteilungsleiter aus dem DVR-Verkehrsministerium:

"Wir benötigen 140 Straßenbahnwagen, 175 O-Busse und 120 große Busse. Bei uns sind die Straßenbahnwagen zu 90,2 Prozent und die Trolleybusse zu 89,7 Prozent technisch verschlissen, aber dennoch befinden sie sich weiter in Betrieb."

22:49 de.rt.com: **Russischer UN-Botschafter: Westen sabotierte Verhandlungen über russische Resolution zu US-Biolaboren in Ukraine**

Wie [TASS](#) meldete, haben westliche Delegationen faktisch die Verhandlungen über einen russischen Resolutionsentwurf zu den US-Biolaboren in der Ukraine sabotiert. So lautete der Vorwurf des Ersten Stellvertreters des Ständigen Vertreters der Russischen Föderation im UN-Sicherheitsrat, Dmitri Poljanski, am Mittwoch.

Der Diplomat unterstrich, dass die russische Delegation während der beiden Expertenrunden zum Resolutionsentwurf, der die Einsetzung einer Kommission des Sicherheitsrates zur Untersuchung der Aktivitäten der US-Biolabore in der Ukraine vorgesehen hätte, von den "ehemaligen westlichen Partnern nur die alten Argumente über russische Propaganda und Behauptungen hörte, dass die von uns vorgelegten Beweise angeblich nicht überzeugend genug seien". Er betonte:

"Darüber hinaus haben sie all diese Schlussfolgerungen einseitig gezogen und damit den Schlussfolgerungen des UN-Sicherheitsrates vorgegriffen und die Entscheidungen des wichtigsten UN-Gremiums, das für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der

internationalen Sicherheit zuständig ist, durch ihre voreingenommenen Bewertungen ersetzt. Wir bedauern, dass unsere westlichen Kollegen den Verhandlungsprozess über den Resolutionsentwurf sabotiert haben."

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362e44a48fbef12c17dfe62.jpg>
Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York, USA

22:57 de.rt.com: **Lugansk: Neues medizinisches Zentrum eröffnet**

Wie die Agentur RIA Nowosti in ihrem Telegram-Kanal meldet, wurde in Lugansk ein neues multifunktionales medizinisches Zentrum eröffnet. Die vollkommen neue Einrichtung wurde von Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums gebaut. Inzwischen wurden schon die ersten Patienten zur Behandlung aufgenommen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6362a716b480cc1386033733.png>
Ansicht des neuen multifunktionalen Medizinentrums in Lugansk, 2. November 2022

vormittags:

7:01 de.rt.com: **Schoigu: Neue NATO-Strategie beinhaltet Vorwärtspräsenz zur Eindämmung Russlands**

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu wies auf einer gemeinsamen Sitzung der Verteidigungsministerien Russlands und Weißrusslands darauf hin, dass die Zahl der NATO-Truppen in Ost- und Mitteleuropa seit Februar um das Zweieinhalbfache gestiegen ist und in naher Zukunft weiter ansteigen könnte. Dies bedeute eine Gefahr für Russland und seine Verbündeten.

Schoigu führte aus, der Westen versuche, Russlands wirtschaftliches und militärisches Potenzial zu zerstören, was es dem Land unmöglich mache, eine unabhängige Außenpolitik zu verfolgen. Er betonte, der Westen ermutige Kiew, den Konflikt zu eskalieren, indem er die Ukraine mit Geheimdienstinformationen versorge und Militärberater und Söldner entsende. Das neue strategische Konzept der NATO beinhalte eine Vorwärtspräsenz zur Eindämmung

Russlands.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63635113b480cc6b71571666.jpg>

7:10 de.rt.com: **Kriwoi Rog meldet Zerstörung einer Energieinfrastrukturanlage**

Alexandr Wilkul, der Bürgermeister von Kriwoi Rog, hat mitgeteilt, dass es schwere Schäden an der Energieinfrastruktur der Stadt gegeben habe. Teile der Stadt seien ohne Wasser und Licht. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Eine Kamikaze-Drohne hat eine Energieinfrastrukturanlage getroffen. Der Schaden ist erheblich. Mehrere Bezirke der Stadt ohne Licht und Wasser. Die Zahl der Opfer wird derzeit überprüft. Wir beginnen mit den Bergungsarbeiten."

Zuvor hatten ukrainische Medien wie Strana.ua über Explosionen in Nikolajew, Charkow und Nikopol berichtet.

7:36 de.rt.com: **Moskau baut Sonderwirtschaftszone für IT- und Hightech-Unternehmen weiter aus**

Moskau baut aktiv seine Sonderwirtschaftszone "Technopolis Moskau" für IT- und Hightech-Unternehmen aus. Am neuen Standort dieser Sonderwirtschaftszone sollen implantierbare Medizinprodukte, Reagenzien, Leiterplatten und andere High-Tech-Produkte hergestellt werden.

Die ersten Gebäude des Rudnjowo-Industrieparks, des künftigen Standorts der Sonderwirtschaftszone "Technopolis Moskau", sind in Betrieb genommen worden, [kündigte](#) der Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin am Mittwoch auf seinem Telegram an. Er sagte wörtlich:

"Heute wurden die ersten Gebäude des Industrieparks 'Rudnjowo' – des künftigen neuen Standorts der Sonderwirtschaftszone 'Technopolis Moskau' – in Betrieb genommen. Ihre Gesamtfläche beträgt mehr als 4.600 Quadratmeter."

Der Bürgermeister unterstrich, dass seit der Werbekampagne, die im Mai dieses Jahres begann, mehr als 100 Bewerbungen von Investoren eingegangen seien. Potenzielle Bewohner des Industrieparks Rudnjowo planen die Gründung von Unternehmen, die implantierbare Medizinprodukte, Reagenzien für medizinische Labors, Leiterplatten und andere High-Tech-Produkte herstellen werden.

Für die Bewohner der Moskauer Sonderwirtschaftszone sind verschiedene Steuervergünstigungen vorgesehen. So werden die Bewohner von der Vermögens-, Verkehrs- und Grundsteuer befreit. Die Körperschaftssteuer soll zwei Prozent betragen. Außerdem soll es dort eine freie Zollzone sowie Vergünstigungen für Landpacht geben, fügte Sobjanin hinzu. Der Industriepark Rudnjowo ist nur 1,8 Kilometer von einer Moskauer Metrostation entfernt und liegt in der Nähe zweier Flughäfen.

Die [Sonderwirtschaftszone](#) "Technopolis Moskau" besteht aus sechs Standorten mit einer

Gesamtfläche von 223,3 Hektar: Alabuschewo, Petschatniki, Rudnjowo, dem Standort der Nationalen Forschungsuniversität für Elektronische Technologie (MIET), dem Standort des Herstellers und Exporteurs von Mikroelektronik "Mikron" sowie dem Standort des Herstellers von elektronischen Produkten und Halbleitern "Angstrom". Anfang des Jahres 2022 betrug die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Sonderwirtschaftszone mehr als 12.000. Bis 2025 soll es dort 18.000 Arbeitsplätze geben. Für die Bewohner der Sonderwirtschaftszone "Technopolis Moskau" finden verschiedene Veranstaltungen statt: Fotowettbewerbe, Yoga, Schachpartien, Quizspiele und ähnliches.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363617f48fbef38b15285f3.jpg>

Logo der Sonderwirtschaftszone "Technopolis Moskau"

7:38 de.rt.com: **Russische Luftabwehrkräfte schießen über Nacht vier HIMARS-Raketen über Cherson ab**

Russlands Luftabwehreinheiten schossen in der Nacht vier HIMARS-Raketen über Cherson ab, die von den ukrainischen Streitkräften auf die Stadt abgefeuert worden waren. Das teilte ein Beamter der örtlichen Rettungsdienste von Cherson am Donnerstag gegenüber Reportern mit.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 03.11.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 2 Schützenpanzerwagen;
- 1 Artilleriegeschütz;
- 4 Drohnen;
- 15 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Sewerodonezk** und **Swatowo** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 4 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde in Sewerodonezk das Gebäude einer technischen Servicestation zerstört.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 2. November haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gorodischtsche und Krejdjanoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Freiwillige der Volksfront haben im Rahmen des Programms „Alles für den Sieg!“ humanitäre Hilfe in Form von Heizgeräten und warmer Kleidung an Einheiten des 2. Armeekorps geliefert.

Außerdem hat einer Abgeordneter des Volkssowjets der LVR warme Ausrüstung von Grigorij Leps für Soldaten des 2. Armeekorps übergeben.

8:12 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen das Gebiet der Donezker Volksrepublik 62 Mal binnen 24 Stunden**

Ukrainische Streitkräfte haben das Gebiet der Donezker Volksrepublik (DVR) innerhalb eines Tages 62 Mal beschossen und dabei insgesamt 263 Einheiten verschiedener Munition abgefeuert, darunter HIMARS-Raketen und Artillerie im Kaliber 155 und 152 Millimeter. Das teilt die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen mit. Elf Ortschaften der Republik gerieten unter Beschuss: Donezk, Saizewo, Gorlowka, Panteleimonowka, Nowobachmutowka, Jassinowataja, Mineralnoje, Jakowlewka, Makejewka, Staromichailowka, Jelenowka. Außerdem wurden durch den Beschuss drei Menschen getötet und zwei weitere verwundet.

8:24 de.rt.com: **Cherson: Angriffe ukrainischer Truppen zurückgeschlagen**

Die Lage an der Frontlinie im Gebiet Cherson ist derzeit nicht kritisch, die russischen Streitkräfte wehren die Versuche der ukrainischen Truppen, die Verteidigung zu durchbrechen, erfolgreich ab. Das verkündete der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow gegenüber dem Sender Solowjow Live.

Er stellte klar, dass es derzeit genau an der Frontlinie keine Massenansammlung von ukrainischen Einheiten gebe. Der Beamte betonte:

"Sie wissen nicht, was sie tun sollen, denn die Verteidigungslinie ist so stark, dass sie nicht wissen, von welcher Seite sie sich nähern sollen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 3.11.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **263 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und „Himars“ sowie Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 3 Zivilisten und 2 wurden verletzt**. 14 Häuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Haubitze M777, 2 Panzer (T-64BM und T-72M1), 10 Stück Panzer- und Fahrzeugtechnik, 2 Drohnen des Gegners wurde in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 60 Mann.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

8:33 de.rt.com: **Sacharowa: Moskau wird Beweise für Londons Beteiligung an Angriffen auf russische Schwarzmeerflotte veröffentlichen**

Das russische Außenministerium wird Beweise für Londons Beteiligung an Kiews Terroranschlägen auf die Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte veröffentlichen, nachdem es dieses Material der britischen Botschafterin Deborah Bronnert übergeben hat. Das verkündete die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag. Sie betonte:

"Die Verwicklung britischer Geheimdienste in den Terroranschlag auf den Stützpunkt der Schwarzmeerflotte in Sewastopol am 29. Oktober und die Sabotage der Nord-Stream-Pipeline werden nicht unkommentiert bleiben. Natürlich wird der britische Botschafter einbestellt und mit den relevanten Materialien ausgestattet."

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63636eaf48fbef14b417f89b.jpg>

Maria Sacharowa

8:52 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk: Seit Februar 117 tote Zivilisten bei Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

In der Volksrepublik Lugansk (LVR) wurden seit Beginn der russischen Sonderoperation beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte 117 Zivilisten, darunter sieben Kinder, getötet und 340 verwundet. Das teilt die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen mit.

Es wird darauf hingewiesen, dass das ukrainische Militär in diesem Zeitraum mehr als 10.000 Schuss Munition, darunter 426 Raketen des US-Mehrfachraketenwerfers HIMARS, 37 Totschka-U-Raketen, 100 Granaten aus 155-Millimeter-Artilleriegeschützen und etwa 2.575 Granaten aus Grad-, Uragan- und Smertsch-Mehrfachraketenwerfern auf bewohnte Gebiete der Republik abfeuerte.

Dabei wurden 2.826 Häuser in 76 Siedlungen und 301 zivile Infrastruktureinrichtungen, darunter 74 Bildungs- und 14 medizinische Einrichtungen, zerstört oder beschädigt.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636365b948fbef38b15285fb.jpg>

Ein durch ukrainischen Beschuss zerstörtes Hotel in Altschewsk in der Volksrepublik Lugansk, Russland

9:29 de.rt.com: **Ankara: Betrieb des Seekorridors für Getreideexporte aus der Ukraine hat sich normalisiert**

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hat am Donnerstag erklärt, dass sich die Abläufe im Seekorridor für den Export von Agrarprodukten aus der Ukraine nach der Rückkehr Russlands zum Getreideabkommen vollständig normalisiert hätten.

Er hob hervor, dass die Türkei die notwendigen Anstrengungen unternehme, um das am 19. November auslaufende Getreideabkommen zu verlängern. Laut dem türkischen Außenministerium hätten die ersten sechs Schiffe bereits die ukrainischen Häfen verlassen.

9:48 de.rt.com: **G7-Außenminister tagen in Münster**

In Münster treffen sich die Außenminister der G7 unter dem Vorsitz Deutschlands. Geplant ist ein Austausch zu geopolitischen Herausforderungen. Das Außenministerium verweist auf die historische Bedeutung des Ortes: In Münster wurde der Westfälische Friede ausgehandelt.

Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) hat ihre Kollegen im Rahmen des deutschen G7-Vorsitzes nach Münster eingeladen. Noch bis Samstag tagen die Außenminister der G7-Länder in der Stadt in Westfalen und besprechen dort aktuelle Themen und Herausforderungen der Geopolitik.

Das deutsche Außenministerium teilt auf seiner Webseite mit, zentrales Thema sei der Ukraine-Konflikt. Nachdem die Staaten des Westens auf Russland Forderungen nach Sicherheitsgarantien nicht eingegangen waren, setzt Russland seine Sicherheitsinteressen in der Ukraine nun militärisch durch. Dies führte im Gegenzug zu drastischen Sanktionen des Westens, die in immer stärkerem Ausmaß die westlichen Ökonomien schädigen. Zudem weicht Deutschland von seinem bisherigen Prinzip ab, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Deutschland wie die anderen Länder der G7 unterstützen die Ukraine mit massiven Waffenlieferungen, die von der Ukraine unter anderem gegen zivile Ziele im Donbass eingesetzt werden. Die deutsche Außenministerin schloss bisher eine diplomatische Lösung aus und lehnt Gespräche mit Russland ab. Sie sieht den Konflikt als russischen Überfall auf ein souveränes Land.

Als Austragungsort für die Gespräche wählte das Außenministerium die Stadt Münster, mit der Begründung, dort sei der Westfälische Friede ausgehandelt und somit die Grundlage für das moderne Völkerrecht gelegt worden.

Die deutsche Außenministerin führt aus:

"Der Westfälische Frieden ist eine der Geburtsstunden des modernen Völkerrechts, grundlegende Konzepte, wie die Gleichheit und Souveränität der Staaten, wurden hier das

erste Mal in einem großen Friedensabkommen verhandelt. Dieses Erbe müssen wir bewahren. Deswegen habe ich diesen symbolischen Ort in dieser schwierigen Zeit ganz bewusst als Tagungsort gewählt. Anders als 1648 gibt es heute aber vielfach keinen Mangel an Recht mehr, sondern teilweise eine Respektlosigkeit gegenüber dem Recht."

Im Unterschied zu den historischen Verhandlungen in Münster und Osnabrück, bei denen die Kontrahenten den Dreißigjährigen Krieg beendeten, sind Vertreter der Länder, mit denen sich Deutschland und der Westen in einem Systemkonflikt sehen, nicht eingeladen: Russland wurde 2014 von den G7 ausgeschlossen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636377abb480cc6b7157167b.jpg>

2. November 2022, Nordrhein-Westfalen. Die Flagge der G7 weht in Münster, wo sie derzeit die Außenminister der G7-Staaten treffen

10:14 de.rt.com: **Nordkorea setzt Raketentests fort – Luftalarm in Japan**

Nordkorea hat den zweiten Tag in Folge mehrere Raketen in Richtung des Japanischen Meers abgefeuert. Südkorea und Japan berichten von zwei ballistischen Kurzstrecken- und einer möglicherweise atomfähigen Interkontinentalrakete. Die Starts lösten in Japan Alarm aus. Am Donnerstag hat Nordkorea vermutlich zwei Kurzstrecken- und eine atomfähige Interkontinentalrakete in Richtung Japanisches Meer gestartet. Somit setzte die Führung in Pjöngjang den zweiten Tag in Folge ihre Raketenstarts fort. Der Generalstab der südkoreanischen Streitkräfte teilte mit, die mutmaßliche Interkontinentalrakete sei in der Nähe von Suan abgefeuert worden, während die zwei mutmaßlich ballistischen Raketen in der Nähe von Kaechon gestartet seien. Die atomfähige Rakete sei in einer Höhe von bis zu 1.920 Kilometern etwa 760 Kilometer weit geflogen und habe eine Geschwindigkeit von 15 Mach erreicht. Medienberichte, wonach der Test wegen Problemen nach der Startphase fehlgeschlagen sein soll, wurden zunächst nicht bestätigt.

Der japanische Verteidigungsminister Yasukazu Hamada erklärte, die erste Rakete sei gegen 7:40 Uhr Ortszeit abgefeuert worden. Die potenzielle Flugbahn hätte die Rakete über Japan hinwegfliegen lassen können, sie sei aber über dem Japanischen Meer vom Radar verschwunden. Der Grund hierfür werde noch untersucht. Der Start der nordkoreanischen Raketen löste in Japan Alarm aus. Die Behörden der Präfekturen Miyagi, Yamagata und Niigata riefen die Bewohner auf, sich möglichst in Sicherheit zu bringen.

Wegen der Raketentests im Nachbarland ordnete der japanische Regierungschef Fumio Kishida an, die Bewegungen des nordkoreanischen Militärs zu analysieren und mögliche Schäden zu bewerten. Darüber hinaus forderte der Politiker eine Kooperation mit den USA und Südkorea. Die andauernden Raketentests seien skandalös und nicht tolerierbar.

Auch die USA verurteilten den mutmaßlichen Start einer Interkontinentalrakete durch Nordkorea. Bei dem Abschuss handle es sich um eine "klare Verletzung mehrerer Resolutionen des UN-Sicherheitsrats", teilte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned

Price mit. Die Aktion zeige, welche Gefahr die illegalen Programme für Massenvernichtungswaffen und ballistische Raketen Nordkoreas sowohl für dessen Nachbarn und die Region als auch für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellten. Washington rufe Pjöngjang dazu auf, von weiteren Provokationen abzusehen und sich auf einen Dialog einzulassen. Das Engagement der USA für die Verteidigung Südkoreas und Japans bleibe eisern.

Erst am Mittwoch hatte Nordkorea mindestens 23 verschiedene Projektile in Richtung Japanisches Meer abgefeuert. Zudem gab es 100 Artillerie-Schüsse. Als Reaktion darauf feuerte Südkorea drei hochpräzise Luft-Boden-Raketen aus Kampfjets ins offene Meer nördlich der Seegrenze ab. Nordkoreas Raketentests wurden in Südkorea als Reaktion auf die größte Luftwaffenübung der südkoreanischen und US-amerikanischen Streitkräfte seit mehreren Jahren gesehen. Nordkorea hatte den beiden Ländern "rücksichtslose militärische Provokationen" vorgeworfen und mit Gegenmaßnahmen gedroht.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63637966b480cc59a51644db.jpg>
Fernseher auf einem Markt in Seoul, 3. November 2022

10:21 de.rt.com: **Ukrainische Truppen nehmen Volksrepublik Donezk unter massiven Beschuss**

Ukrainische Truppen haben das Territorium der DVR beschossen. Dabei wurden 34 Geschosse abgefeuert. Dies [teilte](#) die Vertretung der Republik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen am Donnerstag mit.

Acht Geschosse des Kalibers 152 Millimeter wurden auf den Donezker Stadtteil Kirowski abgefeuert und drei Geschosse des Kalibers 155 Millimeter auf den Stadtteil Kiewski. Der Bürgermeister von Donezk, Alexei Kulemsin, meldete drei Verletzte. Zudem wurde ein Wohnhaus beschädigt, in dem ein Feuer ausbrach, berichtete die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#). Feuerwehrleute sollen derzeit den Brand löschen. Ein Bus wurde ebenfalls beschädigt und die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Auf dem [Video](#), das RIA Nowosti veröffentlichte, sind die Folgen des Beschusses zu sehen.

10:45 de.rt.com: **Chef des russischen Sicherheitsrates: Kiew bereitet "schmutzige Bombe" mit Beteiligung des Westens vor**

Kiew bereitet unter Beteiligung des Westens eine "schmutzige Bombe" vor. Wenn diese Situation nicht gestoppt werde, werde sie sich in eine Katastrophe verwandeln, warnte Nikolai Patruschew, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, am Donnerstag auf einer Sitzung des GUS-Sicherheitsrats. Er betonte:

"Laut den vorliegenden Informationen wird in der Ukraine am Bau einer 'schmutzigen' Nuklearladung gearbeitet. Wir sind der Meinung, dass dieser Prozess nicht ohne die Beteiligung westlicher Vermittler abläuft. In dieser Hinsicht sind wir sehr besorgt über diese eindeutig gefährliche Situation, die, wenn sie nicht gestoppt wird, zu einer globalen

Katastrophe führen kann."

11:01 de.rt.com: **Russlands Sicherheitsrat beschuldigt Großbritannien der Nord-Stream-Sabotage**

Ende September ist es an den Nord-Stream-Pipelines zu Explosionen gekommen. Russland, Dänemark, Schweden und Deutschland gehen von Sabotage aus. Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew sieht hinter den Anschlägen Großbritannien und die USA.

Nachdem das russische Verteidigungsministerium am Samstag Großbritannien der Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines beschuldigt hat, sieht nun auch der russische Sicherheitsrat die britische Marine hinter den Anschlägen. Am Donnerstag hat Nikolai Patruschew, der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, erklärt, die USA seien der Hauptnutznießer der Beschädigungen an den Gasleitungen in der Ostsee.

"Buchstäblich von den ersten Minuten nach den Explosionen an den Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 an begannen die USA eine große Kampagne mit dem Ziel, Russland zu verurteilen. Es ist aber offenbar, dass die USA der größte Nutznießer dieser Terroranschläge sind."

An der Planung und Durchführung der Anschläge seien laut Patruschew die britischen Seestreitkräfte beteiligt gewesen. Die Kommunikation zwischen der britischen Ex-Ministerpräsidentin Liz Truss und US-Staatssekretär Antony Blinken sei hierfür der Beweis. Patruschew wörtlich:

"Man kann nicht umhin, auf eine SMS-Nachricht aufmerksam zu werden, mit der die damalige britische Ministerpräsidentin Liz Truss nach den Explosionen an den Pipelines dem US-Staatssekretär Antony Blinken berichtet hat, dass 'es erledigt ist'."

Über die SMS-Nachricht von Liz Truss hatte der IT-Unternehmer Kim Dotcom auf Twitter geschrieben. Er betonte dabei, es gehe nicht um das Handy, das nach Medienberichten zuvor gehackt worden sei. Seine Quellen gab Kim Dotcom nicht preis.

Vergangene Woche hatte die Betreibergesellschaft Untersuchungen in der Ausschließlichen Wirtschaftszone Schwedens angekündigt. Am Mittwoch gab die Nord Stream AG bekannt, eine Röhre von Nord Stream 1 sei auf einer Länge von rund 250 Metern zerstört. Nach vorläufigen Untersuchungsergebnissen gebe es am Meeresboden zwei jeweils drei bis fünf Meter tiefe Krater. Trümmer seien in einem Radius von mindestens 250 Metern verstreut.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63638d91b480cc547a5613f7.jpg>

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew

11:17 de.rt.com: **Saporoschje-Beamter: Ukrainische Militante versteckten Sprengstoff im AKW Saporoschje**

Ukrainische Saboteure haben mehr als ein Kilogramm Sprengstoff in einem ihrer Verstecke im Kernkraftwerk Saporoschje deponiert. Dies berichtete das Verwaltungsratsmitglied des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, am Donnerstag.

Er fügte hinzu, dass weitere Orte im Gebiet Saporoschje, an denen ukrainische Saboteure Sprengstoff gelagert haben könnten, derzeit überprüft werden. Es gebe Dutzende von Verstecken, so Rogow.

Nach Angaben des Beamten sollte der Sabotageakt von einer vom ukrainischen Sicherheitsdienst rekrutierten Person durchgeführt werden, wobei es ihnen nicht gelungen sei, einen Freiwilligen dafür zu finden.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636389ba48fbef14b417f8b8.jpg>

AKW Saporoschje

11:32 de.rt.com: Verwaltungsgebäude von Golaja Pristan bei Cherson nach ukrainischem Beschuss zerstört

Das Verwaltungsgebäude der Ortschaft Golaja Pristan im Gebiet Cherson wurde nach dem Beschuss durch ukrainische Truppen in der Nacht zerstört. Dabei gab es keine Verletzten. Dies teilte der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung, Kirill Stremoussow, mit.

11:58 de.rt.com: Ukrainischer Außenminister beklagt, dass seine Behörde keine Heizung, kein Licht und kein Wasser hat

Das Gebäude des ukrainischen Außenministeriums sei nicht mehr an die Versorgungssysteme angeschlossen, so Dmitri Kuleba in einem Interview mit dem spanischen Radiosender Cadena SER.

Der Leiter der Militärverwaltung des Gebietes Kiew, Alexei Kuleba, erklärte zuvor, dass die Stromtechniker die Stromversorgung aller Verbraucher wiederhergestellt hätten, die aufgrund des Beschusses am Montag ohne Strom geblieben waren. Gleichzeitig werden die geplanten stabilisierenden Stromabschaltungen fortgesetzt.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363933048fbef1234469a6c.jpg>

Dmitri Kuleba

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Mietvertrag gekündigt: Russische Botschaft in Polen verliert Erholungsgebiet**

Die russische Botschaft in Polen darf ein gepachtetes Erholungsgebiet nicht mehr nutzen. Warschau beschuldigt die diplomatische Vertretung, die Monatsmiete nicht bezahlt zu haben. Laut dem russischen Botschafter sei dies aufgrund eingefrorener Konten unmöglich. Polen hat Russlands diplomatische Vertretung beschuldigt, eine Monatsmiete von 12.000 Zloty (rund 2.500 Euro) nicht bezahlt zu haben, sagte Vize-Klimaminister Edward Siarka. Der Erholungsort am Zegrze-Stausee werde nun an die staatliche Forstbehörde übergeben. Der Vertrag mit der russischen Botschaft wegen Nichtzahlung der Miete sei mit sofortiger Wirkung bereits im April gekündigt worden. Trotz wiederholter Aufforderungen habe die Botschaft das Grundstück jedoch nicht geräumt.

"Nach dem Ausbruch des Krieges haben wir ihren Vertrag gekündigt. Der Ort ist völlig verwüstet", [schrieb](#) ein Forstbeamter auf Twitter.

Jozef Kubica, stellvertretender Generaldirektor der staatlichen Forstwirtschaft, sagte, die russische Seite habe "keinen Grund, irgendwelche Rechte zu beanspruchen". Er wies darauf hin, dass der Grund für die Beendigung des Vertrages neben der Nichtzahlung der Pacht auch die Aggression Russlands gegen die Ukraine sei.

Die sechs Hektar große Erholungsanlage am Fluss Narew, rund 40 Kilometer von Warschau, war seit den 1980er-Jahren an die russische Botschaft verpachtet. Auf dem Grundstück befinden sich zwei Hotels, zwei Villen und acht Ferienhäuser.

Laut dem russischen Botschafter Sergei Andrejew sei der Vertrag mit ihm "ohne jede Erklärung" gekündigt worden. Dies, obwohl der Mieter keine Vertragsklausel verletzt habe.

"Der Vertragstext enthält Kündigungsbedingungen, aber Zahlungsausfälle, insbesondere aufgrund höherer Gewalt, sind dort nicht vorgesehen", sagte er zur Agentur TASS. "Wir zahlen nicht, weil unsere Konten eingefroren sind. Das ist nicht unsere Schuld, sondern eine Folge der illegalen Handlungen der polnischen Behörden." Das Erholungszentrum werde seit Anfang des Jahres nicht mehr genutzt, es befinde sich dort kein Botschaftspersonal.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363996748fbef440f73b36a.jpg>

Die russische Botschaft in Warschau, Polen

12:33 de.rt.com: **Ukraine hat AKW Saporoschje von Stromversorgung abgeschnitten**

Das AKW Saporoschje sei auf Dieselgeneratoren umgestellt worden, nachdem die Ukraine zwei Stromleitungen zu der Anlage abgeschaltet habe. Dies sagte Renat Kartschaa, Berater des Generaldirektors des russischen Atomkonzerns Rosenergoatom, im Fernsehsender Rossija 24.

Nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur seien die Reaktoren fünf und sechs der größten Atomanlage Europas vollständig abgeschaltet worden. Zur Stromversorgung und Kühlung sei das Werk auf seine 20 Dieselgeneratoren angewiesen, deren Treibstoff etwa für 15 Tage reiche.

Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: Heute kehren 107 unserer Soldaten aus ukrainischer Gefangenschaft zurück.

Der Ukraine übergeben wir genauso viele Gefangene, hauptsächlich wieder Angehörige der ukrainischen Streitkräfte.

Von den befreiten Soldaten sind 65 aus der Donezker und der Lugansker Volksrepublik. Bald werden sie ihren Familien zurückkehren können.

12:34 de.rt.com: **EU-Staaten verschleppen Untersuchung zur Nord-Stream-Sabotage**

Der Blog "Lost in Europe" glaubt, die Ermittlungen zur Sabotage der Ostsee-Pipeline sollen absichtlich im Sande verlaufen. In einem Beitrag trägt der Blog die Indizien zusammen, die für seine These sprechen.

Wie der Blog „Lost in Europe“ in einem aktuellen [Beitrag](#) ausführt, steht es schlecht um die Chancen für eine Aufklärung des Anschlags auf die Ostsee-Pipeline Nord Stream. Berichte aus Kopenhagen und Berlin würden darauf hindeuten, dass die Ermittlungen eingestellt werden sollen.

Zuvor hat die Nord Stream AG mitgeteilt, es gebe jeweils zwei drei bis fünf Meter große Krater, die rund 250 Meter voneinander entfernt sind. Der dazwischenliegende Teil des ersten Strangs der Pipeline sei zerstört.

Wie Gazprom berichtet, sei ein Strang der Pipeline von Nord Stream 2 nicht zerstört worden. Der Druck sei stabil. Die Leitung könne in Betrieb genommen werden. Dies lehnte jedoch unter anderen Bundeskanzler Olaf Scholz mit Hinweis auf die fehlende Zertifizierung von Nord Stream 2 ab.

Die Nord Stream AG hat zudem Untersuchungen in der schwedischen Wirtschaftszone angekündigt. Für Untersuchungen in dänischen Gewässern liegt keine Genehmigung vor. Lost in Europe deutet das als die Verweigerung Dänemarks gegenüber weiteren Untersuchungen.

Die Nord Stream AG plant dessen ungeachtet die Begutachtung von einem Spezialschiff aus.

"Wir planen ein Spezialschiff einzusetzen, das uns weiteren Aufschluss über den Zustand unserer Anlagen geben kann", sagte Ulrich Lissek, Sprecher der Nord Stream 2 AG nach Angaben der Welt. Lissek fügte jedoch einschränkend hinzu, dass das Chartern eines Schiffes wegen der gegen die Nord Stream AG verhängten Sanktionen schwierig werden dürfte. Zuvor war bereits bekannt geworden, dass es aus Geheimhaltungsgründen keine gemeinsamen Ermittlungen von Deutschland, Schweden und Dänemark geben wird. Eine Beteiligung des russischen Staatskonzerns Gazprom als Hauptgeschädigter des Anschlags wurde ebenfalls ausgeschlossen.

Russland hat unterdessen schwere Anschuldigungen gegen Großbritannien erhoben. Moskau macht die britische Kriegsmarine für die Anschläge auf die Pipeline verantwortlich.

Großbritannien weist die Anschuldigung zurück. Eine SMS an US-Außenminister Blinken von der ehemaligen britischen Premierministerin Liz Truss mit den Worten "It's done" unmittelbar nach dem Anschlag heizten die Spekulationen über eine Beteiligung

Großbritanniens weiter an. Moskau hat unterdessen Großbritanniens Botschafterin Deborah Bronner einbestellt. Über den genauen Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekannt.

Der russische Sicherheitssekretär Nikolai Patruschew führt gegenüber Ria Novosti aus:

"Man kann die Textnachricht nicht ignorieren, mit der sich die britische Premierministerin Liz Truss eine Minute nach der Sprengung der Pipelines sofort bei US-Außenminister Anthony Blinken meldete."

Die Abläufe deuten insgesamt darauf hin, dass Lost in Europe mit seiner Interpretation recht behält. Die beteiligten EU-Staaten haben kein Interesse an einer Aufklärung und lassen die Ermittlungen sabotieren.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63638e4d48fbef123e50cc13.jpg>

Unterwasserbilder zeigen die massive Zerstörung der Ostsee-Pipeline Nord Stream

12:36 de.rt.com: **"Wie soll das zusammenpassen?" Künftiger deutscher Staatskonzern Uniper baut AKW in Schweden**

Nur durch ein "Machtwort" von Bundeskanzler Olaf Scholz wurden die Betriebsgenehmigungen für drei deutsche AKWs gegen den Widerstand der Grünen verlängert. Nun kommt heraus: Der baldige deutsche Staatskonzern Uniper will in Schweden ein neues Atomkraftwerk bauen.

Nachdem der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper schwere Verluste angemeldet hatte, erklärte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im September, das Unternehmen solle verstaatlicht werden. Doch eine Meldung aus Schweden dürfte den AKW-Gegner Habeck nun in die Bredouille bringen: Uniper will in Schweden ein neues Kernkraftwerk bauen.

Die schwedische Energieministerin Ebba Busch erklärte laut der *taz*, es sei erfreulich, dass Uniper so rasch auf die Einladung der neuen schwedischen Regierung an die Energiekonzerne reagiert habe und nun bereits den Bau eines neuen Atomkraftwerks in der südschwedischen Provinz Schonen plane.

Für die Opposition eine Steilvorlage. Der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Jung, sagte gegenüber dem Springerblatt Bild:

"Drei laufende Kernkraftwerke in Deutschland nächstes Frühjahr abstellen und gleichzeitig als Uniper-Eigentümer ein neues Kernkraftwerk in Schweden auf den Weg bringen – wie soll das zusammenpassen?"

Und er ergänzte:

"Wie bringt die Ampel ihre Vorstellungen zu Energie und Klimaschutz mit den Uniper-Beteiligungen unter einen Hut?"

Erst durch ein "Machtwort" von Bundeskanzler Olaf Scholz waren die Betriebsgenehmigungen für drei deutsche AKWs gegen den Widerstand der Grünen verlängert worden. Allerdings ist die Versorgung mit neuen Brennstäben immer noch unklar. Uniper prognostiziert derweil für den Rest des Jahres weiterhin erhebliche Verluste. Zu erwartende Bewertungseffekte bei Derivaten sowie Rückstellungen im Zusammenhang mit den russischen Gaskürzungen summierten sich auf 31 Milliarden Euro, teilte Deutschlands größter Gasimporteur am Donnerstag bei der Vorlage des Zwischenberichts zum dritten Quartal in Düsseldorf mit.

Hinzu kommen per Ende September bereits realisierte Verluste in Höhe von 10 Milliarden Euro. Eine genauere Ergebnisprognose sei derzeit und bis auf Weiteres nicht möglich. Die vor gut einer Woche vorgelegten vorläufigen bereinigten Zahlen des operativen Ergebnisses hat der Konzern fürs Erste bestätigt. Die Abstimmung mit der Bundesregierung für das Stabilisierungspaket sei in der finalen Phase, hieß es weiter.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363a7bbb480cc59a5164509.jpg>

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck während eines Gesprächs mit der Sächsischen Landesregierung am 1. November 2022 in Dresden

12:39 de.rt.com: **Pakistanischer Ex-Premier Imran Khan bei Anschlag verletzt**

Der pakistanische Ex-Premier Imran Khan wurde am Donnerstag verletzt, nachdem ein Unbekannter bei einer Kundgebung das Feuer eröffnet hatte, wie ein Vertreter von Khans Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) mitteilte. Rettungskräften zufolge wurde auch eine Person getötet.

Bei einer Kundgebung in der Nähe der pakistanischen Stadt Gujranwala eröffnete ein Unbekannter das Feuer und verletzte dabei den pakistanischen Ex-Premierminister Imran Khan am Fuß, wie ein Vertreter von Khans Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) mitteilte. Rettungskräften zufolge wurde bei dem Vorfall auch eine Person durch Schüsse getötet, sieben weitere wurden verletzt. Eine anschließende Panik in der Menge habe zu weiteren Verletzten geführt. Ein auf Twitter hochgeladenes [Video](#) soll den Vorfall zeigen.

Der Vorfall fand in der zentralen Provinz Punjab statt. Premierminister Shehbaz Sharif verurteilte die Tat. Der pakistanische Präsident Arif Alvi sprach auf Twitter von einer "schockierenden Attacke". Laut Polizei soll es in mehreren Teilen der Hauptstadt Islamabad bereits kleine Proteste geben.

Ein Mann befinde sich in Polizeigewahrsam, hieß es. Ein [Video](#), das von örtlichen Medien verbreitet wurde, soll den Mann zeigen, wie er ein Geständnis ablegt. Er sagt demnach, er habe Khan töten wollen und allein gehandelt.

Khan war im April durch ein Misstrauensvotum als Premierminister abgesetzt worden. Seitdem bringt er seine Anhänger regelmäßig auf die Straße. Seit vergangener Woche Freitag war er in einem Protestmarsch durch das Land unterwegs und forderte Neuwahlen.

Am 21. Oktober empfahl die pakistanische Wahlkommission (ECP), Khan für fünf Jahre von der Ausübung politischer Ämter auszuschließen. Der Schritt sorgte in dem Land für zusätzliche politische Spannungen.

Khan steht unter Korruptionsverdacht. Laut der Wahlkommission soll der Ex-Premier "falsche Angaben" über den Verkauf von Geschenken gemacht haben, die ihm während seiner Amtszeit von den Führern Saudi-Arabiens und Dubais geschickt worden seien - ein Vergehen, das nach der Verfassung des Landes illegal ist.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363bbd1b480cc746c410699.jpeg>

Der ehemalige pakistanische Premierminister Imran Khan auf einer Trage nach dem Angriff in Wazirabad, Pakistan, Donnerstag, 3. November 2022

12:52 de.rt.com: **Russlands Sicherheitsrat: Terroranschlag aufs AKW Saporoschje verhindert**

Die Situation um das von Russland kontrollierte AKW Saporoschje bleibt nach wie vor besorgniserregend. Wiederholt gibt es Berichte über Angriffe ukrainischer Einheiten. Nach Angaben des russischen Sicherheitsrates soll dort zuletzt ein Terroranschlag vereitelt worden sein.

Am Donnerstag hat der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew über einen verhinderten Terroranschlag auf das Atomkraftwerk Saporoschje berichtet. Er berief sich auf Informationen russischer Geheimdienste. Der Beschuss des Atomkraftwerkes seitens der Ukraine könne laut Patruschew eine globale Katastrophe verursachen. Der Besuch der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Anfang September am Atomkraftwerk Saporoschje habe nichts bewirkt.

"Leider hat der Besuch der IAEA-Delegation die Angriffe auf das Atomkraftwerk nicht gestoppt und zu keiner Verurteilung des Kiewer Regimes seitens der internationalen Gemeinschaft geführt."

Patruschew betonte, die Vertreter der IAEA könnten sehen, was an dem Atomkraftwerk geschehe, aber niemand spreche darüber, dass die ukrainische Armee das Atomkraftwerk beschieße. Die Medien erhöhten nur die Spannungen, indem sie Russland für die Lage verantwortlich machten.

Auf die Einzelheiten des verhinderten Terroranschlags ging Patruschew nicht ein. Anfang September hatte die Internationale Atomenergiebehörde das Atomkraftwerk Saporoschje besucht. Ihrem Bericht zufolge muss um das Kraftwerk eine Schutzzone eingerichtet werden, um dessen Sicherheit zu gewährleisten. Nach offiziellen Angaben aus Moskau ist das Atomkraftwerk seit dem 28. Februar unter Kontrolle der russischen Armee.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63639db8b480cc59a51644fe.jpg>
Atomkraftwerk Saporoschje

13:12 de.rt.com: **Stellvertretender Präsidialamtsleiter: Überwachung und Identifizierung von Fakes über die russischen Streitkräfte und die Mobilisierung gewinnt an Bedeutung**
Magomed salam Magomedow, der stellvertretende Leiter der russischen Präsidialverwaltung, hat betont, wie wichtig es unter den derzeitigen Umständen sei, den Informationsraum zu überwachen, um gefälschte Informationen zu erkennen, was auch Fakes über die russischen Streitkräfte und die Mobilisierung betreffe. Er betonte auf dem 3. allrussischen Forum "Völker Russlands":

"Ich weise auf die Notwendigkeit einer qualitativen Überwachung von Informationsquellen und sozialen Netzwerken hin, um Fakten der Aufstachelung zu interethnischem und interreligiösem Zwist, Russophobie und Fakes über die russischen Streitkräfte und die Mobilisierung in der gegenwärtigen schwierigen Zeit zu identifizieren.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass öffentliche Äußerungen dieser Art von Personen im staatlichen oder kommunalen Dienst oder von Personen, die mit der Erziehung von Kindern, Jugendlichen, Schul- und Hochschullehrern befasst sind, kategorisch inakzeptabel sind."

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63639729b480cc59d25fe88c.jpg>
Magomed salam Magomedow

13:20 de.rt.com: **Humanitäre Hilfe: Russisches Chemie-Unternehmen liefert kostenlos Düngemittel an afrikanische Länder**

Das russische Düngemittelunternehmen Uralchem will Afrika kostenlos mit Düngemitteln versorgen. Mit Unterstützung der UNO laufen derzeit Verhandlungen mit der Europäischen Union, um in ukrainischen Häfen festgesetzte Düngemittel freizugeben.

Die Uralchem Group, ein in Russland ansässiger Hersteller von Mineraldünger, hat sich vorgenommen, die humanitäre Hilfe für afrikanische Länder auf 300.000 Tonnen Düngemittel zu erhöhen. Dies erklärte Dmitri Konjaew, der Geschäftsführer des Unternehmens, der Nachrichtenagentur TASS. Das Unternehmen beabsichtigt, afrikanische Länder kostenlos mit Düngemitteln zu beliefern. Eine erste Lieferung wurde bereits vom russischen Hafen Ust-Lug aus nach Burkina Faso verschickt. Eine weitere Lieferung von 20.000 Tonnen Düngemitteln wird voraussichtlich von EU-Häfen aus nach Malawi gehen. Konjaew sagte in einem Gespräch mit dem Fernsehsender Rossija-24:

"Wir werden natürlich nicht nur eine einzige Ladung nach Burkina Faso liefern und planen, unsere karitative Hilfe für den afrikanischen Kontinent auf etwa 300.000 Tonnen zu erhöhen, wenn das Welternährungsprogramm erfolgreich verläuft und die UNO eine Vereinbarung mit den europäischen Regierungen erzielt."

Nach Angaben des Unternehmenschefs verhandelt Uralchem derzeit mit der UNO über die Freigabe von Hunderttausenden Tonnen von Düngemitteln, die in europäischen Häfen sanktionsbedingt festgesetzt sind. Konjaew betonte, dass das Unternehmen "im Rahmen seiner humanitären Mission auf dem Kontinent und im Einklang mit dem Ziel der Vereinten Nationen, den Hunger zu beseitigen, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern", bedürftigen Ländern in Afrika kostenlos Düngemittel zur Verfügung stellt.

Zuvor hatten russische Medien berichtet, dass Uralchem, der größte Produzent von Ammoniumnitrat sowie der zweitgrößte Produzent von Ammoniak- und Stickstoffdüngemitteln in Russland, in die "Grüne Markenliga" aufgenommen wurde. Die Organisation bringt Unternehmen zusammen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Die "Grüne Markenliga" wurde im Jahr 2019 auf Initiative von Unilever in Russland gegründet.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63639a9548fbef1234469a7b.jpg>

Mitarbeiter im Lager für Fertigprodukte vom Düngemittelhersteller WolgaKalij im Gebiet Wolgograd, Russland

13:29 de.rt.com: **Lawrow: Anteil des Getreideabkommens für Russland wird nicht umgesetzt**

Russland hat UN-Generalsekretär António Guterres erneut aufgefordert, seine

Verpflichtungen aus dem Getreideabkommen in Bezug auf die russischen Exporte zu erfüllen. Dies sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag.

Er betonte, dass der russische Teil des Vertrages in naher Zukunft ernst genommen werden sollte.

Die russische Seite bemängelt seit Längerem, dass die im sogenannten Getreide-Deal festgeschriebene Beseitigung aller Hindernisse für russische Düngemittel- und Getreideexporte nicht erfüllt wird.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363b02848fbef14b417f8dd.jpg>

13:34 de.rt.com: **Russisches Militär wehrt fünf ukrainische Angriffe im Gebiet Cherson ab**

Die russischen Streitkräfte haben fünf Angriffe von motorisierten Infanteriekompanien der ukrainischen Truppen am Frontabschnitt Nikolajew-Kriwoi Rog im Gebiet Cherson zurückgeschlagen. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit. Der Feind sei durch das Feuer und das entschlossene Handeln des russischen Militärs auf seine ursprünglichen Positionen zurückgedrängt worden. Die Behörde fügte hinzu:

"Die Gesamtverluste des Gegners beliefen sich auf über achtzig getötete und verwundete ukrainische Soldaten, sechs gepanzerte Kampffahrzeuge und sieben Fahrzeuge verschiedener Zweckbestimmung."

13:40 de.rt.com: **Erdoğan: Scholz hat seine Haltung gegenüber Russland geändert**

Bundeskanzler Olaf Scholz soll seine Position zu Russland geändert haben. Laut dem türkischen Präsidenten plädiert der Kanzler nun dafür, eine gemeinsame Sprache mit der Kremelführung zu finden. Angesichts der Terroranschläge auf die Nord-Stream-Pipelines bleibt zu fragen, ob die Bundesregierung ihre Haltung zum Ukraine-Krieg revidieren wird.

Der deutsche Bundeskanzler habe seine Haltung gegenüber Russland geändert und gesagt, dass "wir eine gemeinsame Basis" mit dem russischen Präsidenten Putin finden sollten, so der türkische Präsident am Mittwoch. Erdoğan wies dabei auf ein Telefonat mit Olaf Scholz vom Dienstag hin und unterstrich die Bedeutung "persönlicher Beziehungen", um "die wichtigsten Schritte" in der Diplomatie zu machen.

"Die Diplomatie der Staats- und Regierungschefs ist entscheidend für die Lösung von Problemen. Selbst der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hatte vor einem Monat noch eine ganz andere Position zu Putin, aber inzwischen hat er seine Haltung zu Russland geändert und plädiert dafür, eine gemeinsame Sprache zu finden."

Der türkische Präsident betonte, dass der russische Präsident "nicht jemand ist, der einen Schritt zurück macht, wenn man sich gegen ihn stellt".

Russland stieg am Mittwoch wieder in das am Samstag ausgesetzte Abkommen zum Export von Getreide aus der Ukraine über das Schwarze Meer ein. Dank der Vermittlung der Türkei habe die Ukraine zugesichert, den Seekorridor nicht für Kampfhandlungen gegen Russland zu nutzen. Das sei für den Moment ausreichend, um das Abkommen zu erfüllen, hieß es in Moskau am Mittwoch.

Ende September ist es an den Nord-Stream-Pipelines zu Explosionen gekommen. Russland, Dänemark, Schweden und Deutschland gehen von Sabotage aus. Nachdem das russische Verteidigungsministerium am Samstag Großbritannien der Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines beschuldigt hatte, sah am Donnerstag auch der russische Sicherheitsrat die britische Marine hinter den Anschlägen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363aad648fbef440f73b380.jpg>

Recep Tayyip Erdoğan

13:52 de.rt.com: **Russische Streitkräfte eliminieren 80 ukrainische Soldaten in der Donezker Volksrepublik**

Russische Soldaten haben nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums Versuche des ukrainischen Militärs unterbunden, die russische Offensive in Richtung des südlichen Donezk zu stören.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die ukrainischen Einheiten durch russisches Artilleriefeuer, Sturmangriffe und Luftangriffe in den Gebieten der Siedlungen Wodjanoje und Nowoselka in der Donezker Volksrepublik aufgehalten und zerstreut wurden. Die ukrainischen Truppen verloren drei Schützenpanzer und zwei Pkw. Rund achtzig ukrainische Soldaten wurden getötet.

14:06 de.rt.com: **DVR-Chef kündigt neuen Gefangenenaustausch mit der Ukraine an**

Das amtierende Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, hat einen Gefangenenaustausch mit der Ukraine nach der Formel 107 gegen 107 angekündigt. Er erklärte:

"Heute bringen wir 107 unserer Kämpfer aus ukrainischen Gefängnissen zurück. Die gleiche Anzahl von Gefangenen wird in die Ukraine entlassen, mehrheitlich Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Von den freigelassenen Personen stammen 65 aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Bald werden sie ihre Lieben in die Arme schließen können."

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363a42f48fbef440f73b378.jpg>

Vertreter der russischen Seite bei einem Gefangenenaustausch im Oktober 2022

14:22 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerschlagen zwei Kompanien ausländischer Söldner in der Volksrepublik Lugansk**

Das russische Militär hat nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zwei Kompanien ausländischer Söldner am Frontabschnitt bei Kupjansk eliminiert, sie hatten versucht, zur Ortschaft Nowosjolowskoje in der Volksrepublik Lugansk vorzustoßen. Die ukrainischen Truppen verloren über 130 Söldner und ukrainische Soldaten, drei Panzer, zwei Kampffahrzeuge und zwei gepanzerte Humvee-Fahrzeuge.

Darüber hinaus versuchte die ukrainische Armee am Frontabschnitt bei Krasny Liman eine Offensive mit drei verstärkten Bataillonen in Richtung der Ortschaften Makejewka, Ploschtschanka und Tschersonopowka in der Volksrepublik Lugansk. Die russischen Streitkräfte drängten den Feind auf seine Ausgangsposition zurück.

14:41 de.rt.com: **Russisches Außenamt verurteilt Zerstörung des Ehrenmals zum Gedenken an den Sieg gegen den Faschismus**

In der Stadt Nikolajew wurde am Donnerstag der Mutter-Heimat-Obelisk vernichtet. Er war Teil der Gedenkstätte für die Opfer des Großen Vaterländischen Krieges. Das russische Außenministerium erklärte dazu:

"Das verbrecherische Kiewer Regime versucht, die historische Erinnerung an die Heldentaten der Kämpfer gegen den Faschismus auszulöschen, womit es seinen Nazi-Charakter entlarvt. Wir fordern die UNESCO auf, die vorsätzliche Zerstörung von Kulturdenkmälern und den radikalen Nationalismus in der Ukraine zu verurteilen."

Auf den [Fotos](#), die das russische Außenministerium veröffentlichte, sind Überreste des gesprengten Obelisks zu sehen.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/gPaqkvaWJaCF3qA-18hH8edhbSgEtlU93yotBlUZ9j0s-3jfeoSzKYtinueB-7fAkklyx9iDvuw-sKGDV3v6K40Hdk7ITvxlU-IVfyl4YbHRNFgSW8aZ_InAwJY7FEP9MmKjtN3lu4TExAAjovaw_V3mXKlwQAMYpSN_M6e98_q-Q5aoVxjXO-Ik6styCh2peZm9MZ3DYwdDtbRRNIKxPf9j8oTuYKI5JxVZvZHyZI3kZkzb-e8bgx1P10b2EGIRNgIvw27vSDQdzHu2VxA-DBVluHCN-CFvjtNy9E16uq-gGkEWvvyESDK5FeDzhd28kd29G5ReiSim8llGGHgmPAA.jpg

14:49 de.rt.com: **Ukrainischer Hubschrauber sowie zwei Radarstationen an einem Tag vernichtet**

Nach [Angaben](#) des russischen Verteidigungsministeriums haben die russischen Luftstreitkräfte einen ukrainischen Hubschrauber vom Typ Mi-8 in der Nähe der Ortschaft Kostyrka im Gebiet Cherson abgeschossen. Außerdem wurde ein ukrainischer Zug mit Mehrfachraketen systemen vom Typ BM-21 Grad in der Nähe der Ortschaft Wolotschansk, Gebiet Charkow, zerschlagen und eine ukrainische Artillerie-Batterie in der Nähe der Ortschaft Nowosjolka in der Volksrepublik Donezk eliminiert.

Nahe der Ortschaft Dserschinsk, Volksrepublik Donezk, wurde eine in den USA hergestellte Radarstation vom Typ AN/TPQ-37 zerstört. Eine weitere ukrainische Radarstation eines Flugabwehrraketensystems vom Typ S-300 wurde im Gebiet Nikolajew ausgeschaltet. Zudem wurde ein Munitionsdepot der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Nowaja Kamenka, Gebiet Cherson, vernichtet.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363c559b480cc5de26f76b1.jpg>

Russische Soldaten der Luftlandetruppen im Einsatz

15:06 de.rt.com: **Schweiz beharrt auf Nein zu Schweizer Gepard-Munition für Ukraine**

Bern hat die Weitergabe von Panzermunition von Deutschland an die Ukraine zum zweiten Mal blockiert. Man könne solch einer Lieferung von in der Schweiz hergestelltem Kriegsmaterial nicht zustimmen, wenn das Empfängerland in einen internationalen Konflikt verwickelt sei, schrieb der Schweizer Wirtschaftsminister Guy Parmelin der deutschen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am Donnerstag.

Berlin hatte zuvor schon einmal in Bern wegen der rund 12.400 Patronen schweizerischen Ursprungs für die Ukraine angefragt. Sie sollten als Munition für den Flugabwehrpanzer Gepard dienen. Anfang Juni hatte Parmelin den Export mit Verweis auf die Schweizer Neutralität erstmals formell abgelehnt.

15:13 de.rt.com: **"Unvorhersehbare Folgen": Britische Botschafterin nimmt russischen Protest entgegen**

Wie zuvor angekündigt hat das russische Außenministerium am Donnerstag die britische Botschafterin Deborah Bronnert zu sich zitiert. Moskau macht London für die ukrainische Drohnenattacke auf Sewastopol und die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines mitverantwortlich – und warnt vor Konsequenzen.

Am Donnerstag hat das russische Außenministerium die britische Botschafterin Deborah Bronnert herbeizitiert. Die Einbestellung kam nicht unangekündigt. Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hatte am Mittwoch erklärt, ihre Behörde werde London demnächst Beweise seiner Mitverantwortung für den ukrainischen Drohnenangriff auf Sewastopol vorlegen. Daraufhin werde man auch der breiten Öffentlichkeit Einblick in die Unterlagen gewähren. Die Botschafterin traf gegen 10 Uhr Ortszeit (8 Uhr MEZ) vor dem Ministeriumsgebäude ein. Dort warteten bereits mehrere Protestierende auf sie. Als Bronnert aus ihrem roten Wagen der Marke Jaguar stieg, skandierten die [Demonstranten](#) im Sprechchor "Großbritannien ist ein Terrorstaat" und hielten Plakate in den Händen. Die Diplomatin schenkte der Kundgebung keine Aufmerksamkeit und betrat schweigend das Ministeriumsgebäude.

Am Nachmittag veröffentlichte das Außenministerium ein Statement, in dem es hieß, dass man der britischen Botschafterin wegen der "aktiven Beteiligung britischer Militärexperten an der Ausbildung und Versorgung" von ukrainischen Spezialkräften, darunter zwecks Sabotageoperationen auf See, einen entschiedenen Protest erklärt habe.

"Solche konfrontativen Handlungen der Briten bringen die Gefahr einer Eskalation mit sich und können zu unvorhersehbaren und gefährlichen Folgen führen."

Die russischen Diplomaten bezeichneten solche Provokationen als unzulässig und forderten die Regierung in London auf, diese unverzüglich einzustellen. Sollten solche Aggressionsakte, die eine direkte Hineinziehung in den Konflikt herbeiführen könnten, andauern, wäre die britische Seite voll und ganz für zunehmende Spannungen zwischen den beiden Ländern verantwortlich.

Am 29. Oktober hatte die russische Schwarzmeerflotte einen ukrainischen Drohnenangriff auf Schiffe in der Bucht von Sewastopol abgewehrt. Der Angriff dauerte mehrere Stunden und wurde vom Gouverneur von Sewastopol, Michail Raswoschajew, als der massivste seit dem Beginn der Spezialoperation bezeichnet. Das russische Verteidigungsministerium präzisierte danach, bei der Attacke habe das ukrainische Militär neun unbemannte Luftfahrzeuge und sieben autonome Seedrohnen eingesetzt. Die Behörde machte dafür das britische Militär mitverantwortlich.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363c383b480cc59d25fe8c6.jpg>

Die britische Botschafterin Deborah Bronnert vor dem russischen Außenministerium in Moskau, 3. November 2022

15:14 de.rt.com: **Microsoft unterstützt Ukraine weiterhin mit kostenloser Technologie**

Der Hard- und Softwareentwickler Microsoft kündigte am Donnerstag an, Kiew zusätzliche Technologiehilfe in Höhe von fast 100 Millionen US-Dollar bereitzustellen. Somit erhöht sich die Gesamtunterstützung des Unternehmens für die Ukraine seit Februar auf mehr als 400 Millionen US-Dollar.

Der Präsident des Konzerns Brad Smith erklärte, dass diese Unterstützung es Regierungsbehörden und kritischen Infrastrukturanlagen in der Ukraine ermöglichen werde, ihre digitale Infrastruktur weiterhin zu betreiben. Des Weiteren werde Microsoft die Ukraine mit Cybersicherheitsschutz unterstützen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363b107b480cc5cf70cc2f9.jpg>

15:29 de.rt.com: **Bundesregierung fordert Deutsche zur Ausreise aus Iran auf**

Die Bundesregierung hat deutsche Staatsbürger in Iran, insbesondere mit doppelter iranisch-deutscher Staatsbürgerschaft, zur Ausreise aus dem Land aufgefordert. Es soll zu "willkürlichen Verhaftungen ausländischer Bürger" gekommen sein.

Angesichts der jüngsten Unruhe in Iran warnt die Bundesregierung vor Reisen in das Land. "Für deutsche Staatsangehörige besteht die konkrete Gefahr, willkürlich festgenommen,

verhört und zu langen Haftstrafen verurteilt zu werden", hieß es am Donnerstag auf der Internetseite des Auswärtigen Amtes in Berlin. "Vor allem Doppelstaater, die neben der deutschen auch noch die iranische Staatsangehörigkeit besitzen, sind gefährdet", so die Warnung.

Eine Gefahr bestehe insbesondere für Personen, die individuell mit einem Motorrad, Fahrrad oder Reisemobil in beziehungsweise durch Iran reisten. Gepäck könne ausführlich durchsucht und gegebenenfalls beschlagnahmt werden, vor allem elektronische Kommunikationsmittel wie Mobiltelefone, Notebooks, Tablets könnten eingehenden Untersuchungen unterzogen werden.

"In elektronische Karten und Navigationssysteme eingegebene Routen, insbesondere zur Planung von Offroad-Fahrten, können von den iranischen Sicherheitsbehörden als Hinweis auf Ausspähungs- und Spionageversuche gewertet werden." Nicht alle Sperrgebiete seien deutlich markiert.

Es komme "oft ohne nachvollziehbare Gründe zu Verhören oder Verhaftungen deutsch-iranischer Doppelstaater", behauptete das Auswärtige Amt. Auch Familienangehörige von Inhaftierten würden regelmäßig "stark unter Druck gesetzt", [warnt](#) das Auswärtige Amt. Der deutsche Botschafter wurde kürzlich in Teheran einbestellt, wobei Iran mehrfach Berlin beschuldigt hat, sich in die inneren Angelegenheiten der Islamischen Republik einzumischen. Der stellvertretende iranische Außenminister Ali Bagheri Kani hatte unlängst gesagt, "einige europäische Länder sind entgegen ihren internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen den Terrorismus zu Sponsoren von Terrorgruppen geworden." Das Ausmaß der Gewalt bei den jüngsten Unruhen in Iran war beispiellos. Mehrere Polizisten wurden von Randalierern gewaltsam getötet: Ein Polizeibeamter wurde lebendig angezündet, einem anderen wurde ganz nach IS-Methode die Kehle durchgeschnitten.

Der dramatische Tod einer 22-jährigen Iranerin namens Mahsa Amini löste in Iran in den vergangenen Wochen eine Welle an Protesten aus, die in kurzer Zeit in Unruhen und Mob-Gewalt aufgrund der orchestrierten Kampagne des Westens bezüglich dieses Vorfalls umschlugen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6363b95548fbef1234469a98.jpg>

Die Proteste im Iran nach dem Tod der 22-jährigen Mahsa Amini dauern an, 27. Oktober 2022, Teheran

15:32 de.rt.com: **Russische Luftabwehr schießt acht ukrainische Drohnen und dreizehn Geschosse von Mehrfachraketenwerfern ab**

Wie der Pressedienst des russischen Verteidigungsministeriums am Donnerstag mitteilte, haben russische Luftabwehrsysteme in den vergangenen 24 Stunden acht ukrainische Drohnen und dreizehn Geschosse der ukrainischen Mehrfachraketenwerfer der Typen HIMARS, Olcha und Uragan eliminiert. Die Drohnen wurden im Himmel über den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie den Gebieten Charkow und Cherson zerstört. Die Munition der Mehrfachraketenwerfer wurde über der Volksrepublik Donezk und Cherson

abgeschossen.

15:47 de.rt.com: **Donezk eröffnet Terrorismusverfahren gegen Einwohner von Mariupol**

Die Volksrepublik Donezk (DVR) hat ein Strafverfahren gegen einen Einwohner von Mariupol wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Das teilte das Hauptquartier der territorialen Verteidigung der DVR mit.

Die Behörde erklärte, dass im Zuge der Ermittlungs- und Filtertätigkeit der DVR-Sicherheitsorgane im August 2022 der Bürger Iwan Kusnezow festgenommen wurde. Er hatte seit April 2020 im rechtsradikalen "Asow"-Regiment gedient, das in Russland als terroristisch eingestuft ist.

Kusnezow hatte die Position eines ranghohen Schützenführers inne und nahm aktiv an Kampfhandlungen teil. Dabei soll er die Ermordung von Soldaten der DVR und der Russischen Föderation begangen haben. Anfang April dieses Jahres hatte er seine Kampfpositionen verlassen und suchte unter dem Deckmantel eines Zivilisten bei seinen Verwandten und Bekannten in der Stadt Mariupol Zuflucht, so eine Erklärung der Behörde.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 3.11.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha wurden die Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz fortgesetzt.

Mehr als 6800 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 146 Hektar Gelände untersucht und 390 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzten die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol und Wolnowacha fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

16:01 de.rt.com: **Bulgarisches Parlament billigt Waffenlieferungen an Ukraine**

Die bulgarische Nationalversammlung hat Waffenlieferungen an die Ukraine gebilligt. Dies berichtete das Nachrichtenportal [Sofia News](#).

Nach einer vierstündigen Debatte stimmten 175 Abgeordnete bei 49 Gegenstimmen und einer Enthaltung für den am vorherigen Tag von den Parteien GERB und "Demokratisches Bulgarien" eingereichten Vorschlag über militärische Unterstützung der Ukraine.

Die Entscheidung der Nationalversammlung verpflichtet die bulgarische Regierung, binnen eines Monats ein Militärhilfepaket für Kiew vorzubereiten und Gespräche mit der NATO über

den Ersatz des zu liefernden Kriegsgeräts aufzunehmen.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363c851b480cc746c4106be.jpg>

Das bulgarische Parlamentsgebäude

16:34 de.rt.com: **Moskau: Großbritannien lieferte der Ukraine Unterwasserdrohnen für Angriff auf Russlands Schwarzmeerflotte**

London hat Kiew Unterwasserdrohnen übergeben, mit denen die ukrainischen Truppen einen Angriff auf Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte hätten durchführen können. Das verkündete das russische Außenministerium am Donnerstag, nachdem es die britische Botschafterin Deborah Bronnert vorgeladen und ihr eine Protestnote übergeben hatte. Moskau protestiert nachdrücklich gegen die aktive Beteiligung Londons an der Ausbildung ukrainischer Sondereinsatzkräfte und nannte konkrete Beispiele für eine solche Zusammenarbeit. So hätten London und Kiew im September 2020 vereinbart, ein Ausbildungsprogramm für ukrainische Marinetaucher, und somit Unterwassersaboteure, durch britische Ausbilder zu erweitern.

17:06 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium bestätigt Rückkehr von 107 Gefangenen aus der Ukraine**

Über 100 Angehörige der russischen Streitkräfte sind aus der ukrainischen Gefangenschaft zurückgekehrt. Eine entsprechende Meldung [veröffentlichte](#) Russlands

Verteidigungsministerium auf seinem offiziellen Telegramkanal:

"Am 3. November wurden nach einem Verhandlungsprozess 107 russische Militäranghörige aus dem vom Kiewer Regime kontrollierten Gebiet zurückgebracht. In Gefangenschaft befanden sie sich in Lebensgefahr."

Die Behörde fügte hinzu, dass alle Rückkehrer nach Moskau ausgeflogen wurden, wo sie medizinische und psychologische Hilfe erhalten werden.

Der Gefangenenaustausch nach der Formel 107 gegen 107 war zuvor vom amtierenden Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, angekündigt worden.

17:37 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen zivile Ziele in Donezker Volksrepublik**

Die ukrainischen Streitkräfte haben fünf Raketen aus Mehrfachraketenwerfersystemen vom Typ Grad auf die Stadt Jassinowataja in der Volksrepublik Donezk am Donnerstag abgefeuert. Das teilte die Vertretung der Donezker Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen

Kriegsverbrechen mit. Es gibt noch keine Informationen über Opfer. Der Verwaltungschef der Stadt, Dmitri Schewtschenko, teilte mit, dass eine Schule, ein Kindergarten, Wohnhäuser dabei beschädigt worden seien. Auf den [Fotos](#), die der Verwaltungschef veröffentlichte, sind die Folgen des Beschusses zu sehen.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/AYQKi2nTTB7PPBkSSyYq7t7I_E-8OqaP_gMvwOd-z86oJOZJfGidlSk2eRpPEkOLA5CG3B5UYJSV1bewKq-S-UUdfSGiMVWHTse_QQxfJ_xKnf9AYnyWvslEtND01LG1kLuG8onRUY8f_aZ5mtBrV7EznIa-p-o3hW0RvrHpDak9cD5nj_YBXmoDqeK_W-aDIVNpVp1ii4IiHNmfu_oCTUC0ZPSIS0UcMDtdCZS3r2utjXPfCgNlfaS4JGvSMXamdbG2_bTrOXTXB2RG9t3Wahl3oIv0lXd230ufnUyJNlKtVCI7UVV_r_IiLFrhtLQbOBE5THqNKmYJ7ZBRCRLofQ.jpg

abends:

18:18 de.rt.com: **Ukrainische Ermittler: 70 Millionen Euro für Militärwesten veruntreut** Millionenschwere Gelder für den Kauf von Schutzwesten für die ukrainische Armee sollen nach Angaben von Ermittlern veruntreut worden sein, teilte die Deutsche Presse-Agentur am Donnerstag mit. Das Staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine bezifferte den Schaden am Donnerstag auf 250 Millionen Griwna (knapp 70 Millionen Euro). Der Verdacht richte sich gegen das frühere Management der Patentbehörde Ukrpatent, eine ranghohe Beamtin im Wirtschaftsministerium und den Leiter einer Hilfsorganisation.

Den Angaben in Kiew zufolge soll das staatliche Geld auf Konten einer Freiwilligenorganisation überwiesen worden sein, mit dem angeblichen Auftrag, schussichere Westen für die Soldaten zu kaufen. Stattdessen sei das Geld über Scheinfirmen verschoben und in Bargeld umgewandelt worden. So sei es in die Hand der Beschuldigten gekommen. Ihnen drohen bei einer Verurteilung bis zu zwölf Jahre Haft. Der ukrainische Staatsapparat steht trotz Verbesserungen in den letzten Jahren immer noch im Ruf, anfällig für Korruption zu sein.

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6363d9fc48fbef190109dfcc.jpg>

18:53 de.rt.com: **Bericht: Instagram-Account des ukrainischen Oberbefehlshabers gehackt**

Der Account des Oberbefehlshabers der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschny, ist einem Bericht des russischen Fernsehkanals Swesda zufolge von Hackern angegriffen worden. Das Profilbild wurde zu einem scherzhaften Porträt des russischen Präsidenten Wladimir Putin geändert. In der jüngsten Publikation heißt es in ukrainischer Sprache:

"Ja, ich bestätige, dass Joker aus der DVR sich Zugang zu DELTA verschaffte."

Nach Informationen von RT verbirgt sich unter dem Decknamen Joker ein ukrainischer Hacker, der sich jüngst in die Donezker Volksrepublik abgesetzt hat. Er behauptet, über Verbindungen zum ukrainischen Präsidialamt, dem Sicherheitsdienst der Ukraine und den ukrainischen Streitkräften zu verfügen. Unter anderem mit ihrer Hilfe soll er das von den USA entwickelte Computerprogramm DELTA gehackt haben, das zur Steuerung der ukrainischen Truppen eingesetzt wird.